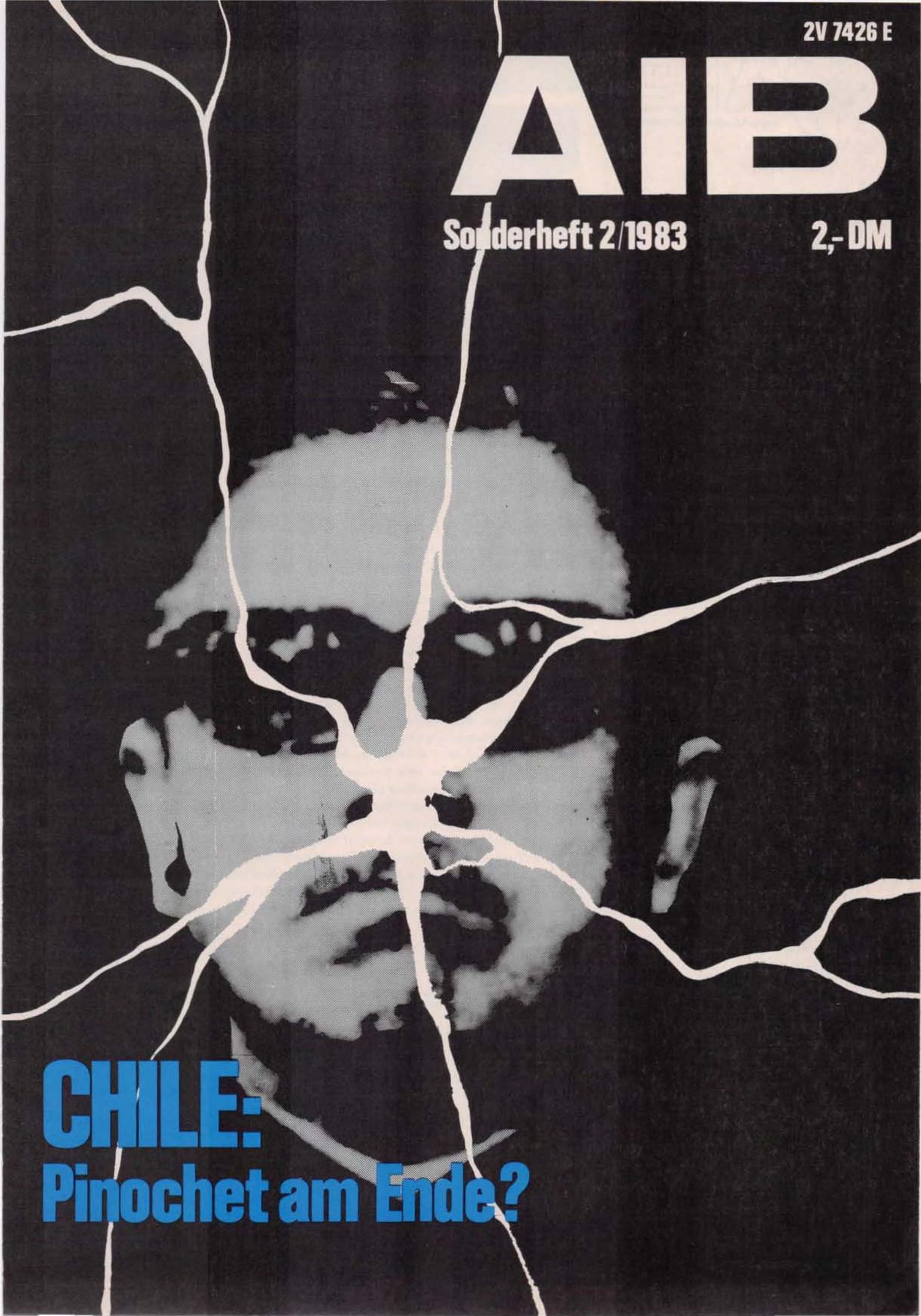


2V 7426 E

AIB

Sonderheft 2/1983

2,- DM



CHILE:
Pinochet am Ende?

Inhalt

Vorbemerkung	18
<i>Katja Maurer</i>	
Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria	19
Chile-Daten	20
Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT	21
<i>Sichtweisen der chilenischen Linken</i>	
A. Sule, C. Almeyda, G. Diaz, L. Corvalan, O. Garreton, H. Cuevas	24
<i>Interview mit M. Navarrete</i>	
Das Verschwundenen- problem ist nicht passé	31
<i>Gerhard Stuby</i>	
Das Symbol Chile und wir	32
Das Verhältnis BRD-Chile	34
<i>Heinz Oskar Vetter</i>	
Das Lehrstück Chile	36
Abschlußerklärung des Kongresses „Für Chiles Freiheit!“	38
Internationales Ferienlager Salvador Allende	39
Anklage wegen Chile-U-Booten	39
Aktions- und Materialspiegel	40



11. September 1973: Präsident Allende (l.) und die Verteidiger der Moneda

„Die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen noch durch Gewalt aufhalten...“ Diese Prophezeiung des gewählten Präsidenten Salvador Allende, die er unmittelbar vor seiner Ermordung in seiner letzten Botschaft am 11. September 1973 von dem Regierungssitz La Moneda aus an das chilenische Volk richtete, scheint sich in diesen Tagen zu bewahrheiten.

In vier Nationalen Protesttagen vom Mai bis August d.J. präsentierte sich der chilenische Widerstand als eine neue Massenbewegung, die mit ihrer Kampfbereitschaft und dem gemeinsamen Eintreten für den Sturz der Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet die Machtfrage gestellt hat. Sie trieb die Krise des Pinochet-Regimes, die wesentlich durch den wirtschaftlichen Niedergang und die Verarmung breiter Bevölkerungskreise (rund 1/3 der Erwerbsfähigen sind arbeitslos) verursacht wurde, auf die Spitze. Die Zucht der Diktatur zu verschärften Unterdrückungspraktiken, so zuletzt die Ermordung von 27 Demonstranten am 11. August d.J. scheint diese breite Protestbewegung nicht aufhalten zu können. Dies und Pinochets weitgehende Isolierung im Volk weckt Hoffnungen für ein neues, ein demokratisches Chile.

Wir haben an anderer Stelle bereits die wirtschaftlich-sozialen Ursachen der aktuellen Krise des Regimes und der Stärke der Protestbewegung aufgezeigt sowie den Neuformierungsprozeß der Oppositionskräfte bis zum Mai d.J. nachgezeichnet (siehe AIB 7-8/1983, S. 56-59). In diesem Sondermaterial wird die Entwicklung von Krise und Volkswiderstand fortgeschrieben, kommen die Repräsentanten der chilenischen Gewerkschaftsbewegung, der Linksopposition und der Vereinigung der Angehörigen Verschwundener zu Wort. In weiteren Beiträgen wird die Verantwortung der USA und der Bundesrepublik für den Fortbestand der Pinochet-Diktatur benannt, werden die Anliegen der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung vorgestellt. Der Münsteraner Kongreß „Für Chiles Freiheit!“ vom 24.-26. Juni d.J., zu dem sich zahlreiche Führungspersönlichkeiten der chilenischen Linken und rund 1.500 Teilnehmer aus der Bundesrepublik einfanden, und das Kieler Sommerlager Salvador Allende vom Juli d.J., gaben ihr neue Impulse.

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulf

Redaktionskollektiv: Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer

Mitarbeiter dieser Ausgabe: G. Diederichs, I. Flach, P. Garcia, P. Grund, D. Jordan, V. Klose, M. Kolter, F. Makubi-Kidza, K. Maurer, U. Rupp, L. Schmitz, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusage von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 12. August 1983

Anzeigen: Solidaritätsshop Dritte Welt, Weltkreis Verlag

Titelseite: Boris Eichin



Straßenkampf in Santiago: Demonstranten setzen sich gegen Armee- und Polizeieinheiten mit Steinen zur Wehr

Katja Maurer

Die Angst vor den Barrikaden in Herminda de la Victoria

Würden Journalisten nicht nur den Sportler des Jahres sondern auch den einsamsten Diktator des Jahres wählen, so hätte Chiles Staatstyrann Augusto Pinochet echte Chancen in diesem Rennen.

Scheinbar treu ergebene Anhänger wechseln mit rasanter Geschwindigkeit ins andere Lager. Der Appell Pinochets im Mai dieses Jahres, eine zivil-militärische Bewegung zu seiner Unterstützung zu gründen, fand zunächst kein Echo.

Es dauerte bis Anfang August d.J., bis rechte Exponenten der Nationalpartei die regierungsoffizielle Konstitutionelle Front aus der Taufe hoben. Sie bekennen sich damit zur 1980 vom Pinochet-Regime verankerten Präsidentialverfassung, derzufolge der Diktator bis 1989 im Amt zu bleiben hat.

Offensichtlich haben auch Teile der Herrschenden den Glauben an die Überlebenschancen des Regimes verloren. Da will man sich nicht noch kurz vor dem drohenden Ende die Finger schmutzig machen.

Dafür spricht auch die Wahl Rafael Retamals zum Präsidenten des Obersten Gerichtshofes im Mai 1983. Retamal hatte im Verlauf der letzten Jahre des öfteren Stellung gegen die Pinochet-Diktatur bezogen, so im Jahre 1976, als er die Aufhebung des Ausnahmezustandes forderte.

Schwächezeichen des Pinochet-Regimes

Unter seinem Vorsitz fällt jetzt der Oberste Gerichtshof die Entscheidung, daß friedliche Demonstrationen in Chile erlaubt seien. Er sanktionierte damit im Nachhinein die Freilassung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Kupferarbeiter (CTC) und des Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT), Rodolfo Seguel, und dreier führender Christdemokraten, darunter deren Vorsitzender Gabriel Valdes.

Die Furcht selbst im Umkreis des Regimes, nach einem eventuellen Ende der Diktatur für die begangenen Verbre-

Chile-Daten

Territorium: 756.626 qkm (dreifache Fläche der Bundesrepublik)
Bevölkerung: 11,58 Mio; 70% Mestizen, 25% Weiße, 3% Indianer
Hauptstadt: Santiago (4,5 Mio Einwohner)
Amtssprache: Spanisch
Religion: 89% Katholiken; 6% Protestanten
Währung: Peso (1 Peso = 100 Centavos); 1 DM = 31,2 Pesos
 (Stand: März 1983)

Staatsform: Republik, seit dem Putsch General Pinochets am 11. September 1973 von einer Militärjunta regiert. Die im März 1981 in Kraft getretene neue Verfassung lehnt sich an die Präsidialverfassung Frankreichs an und enthält weitgehende Vollmachten für den Präsidenten. Bis 1989 soll General Pinochet indessen mit Hilfe des Ausnahmezustandes weiterregieren. Die demokratischen Rechte bleiben aufgehoben, die oppositionellen demokratischen Parteien verboten.

Wirtschaft/Soziales: Chile ist ein kapitalistisches Industrie-Agrarland mit entwickeltem Bergbau und aufgeblähtem Dienstleistungssektor. Hier arbeiten nahezu 50% der Beschäftigten, gegenüber 25% in Bergbau und Industrie und 20% in der Landwirtschaft.

1982 geriet das wirtschaftliche „Modell“ Chiles in eine offene Krise: Stieg das Bruttosozialprodukt (1970 = 100) von 96,0 im Jahr 1978 auf 111,9 im Jahr 1981, so lag es 1982 nur noch bei 99. Der Index der Industrieproduktion (1968 = 100) stieg von 100,8 im Jahr 1978 auf 115,0 im Jahr 1981, um 1982 auf 95,0 zu fallen. Den stärksten Rückgang verzeichneten die Bereiche Konsumgüterproduktion mit - 39,3% und Transportmaterial mit - 25,5%. Der Index der Reallöhne (1970 = 100) lag 1978 bei 76,0, stieg bis 1981 auf gerade 97,3 und fiel 1982 auf 81,7 zurück. Am stärksten fielen die Löhne in der Industrie mit - 17% und im Bergbau mit - 16%. Die Inflation liegt in Chile offiziell bei 15,5% (Oktober 1982). Am schnellsten stiegen die Preise für Importgüter (30,8%), nationale Erzeugnisse (27,9%), Nahrungsmittel (16,1%) und Wohnungen (12,4%).

Die Arbeitslosigkeit liegt im Großraum Santiago bei 25,2% (August/Oktober 1982). Nach Sektoren ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe mit 63,3% am höchsten. Es folgen die Industrie mit 32% und der Transportsektor mit 17,8%.

Außenwirtschaftliche Beziehungen: Die wichtigsten Handelspartner Chiles sind die USA, die BRD und Japan. Hauptausfuhrgüter Chiles waren im 1. Halbjahr 1982: Kupfer (862 Mio), landwirtschaftliche Erzeugnisse und Nahrungsmittel (403 Mio) sowie Industriegüter (558 Mio).

Chile hat sich dem Weltmarkt nahezu vollständig geöffnet. Aufgrund der niedrigsten Einfuhrzölle der Welt ist die einheimische mittelständische Industrie kaum noch konkurrenzfähig. Kontrolliert wird die Wirtschaft von nur sieben Finanzgruppen.

Die Abhängigkeit Chiles von ausländischen Banken ist nahezu perfekt. Insgesamt steht Chile mit über 20 Mrd Dollar in der Kreide (das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Dollar). Erst im Juli 1983 wurde das letzte Kredit- und Umschuldungsprogramm in Höhe von 1,3 Mrd Dollar in den USA unterzeichnet.

Geschichte:

- 1540-1544 Eroberung durch die Spanier
- 1818 Chile wird unabhängig
- 1879-1883 Salpeterkrieg gegen Bolivien und Peru; Chile erringt ein Weltmonopol für Salpeter
- 1938 Sieg der Volksfront bei den Präsidentschaftswahlen
- 1969 Gründung der Unidad Popular (UP-Volkseinheit)
- 1970 Wahlsieg der UP unter Salvador Allende
- 1971 Nationalisierung des Kupferbergbaus
- 1973 Putsch General Pinochets mit Unterstützung des CIA; Ermordung Salvador Allendes
- 1977 (Juni) Erster Hungerstreik von Angehörigen verschwundener politischer Gefangener
- 1978 Verbot von sieben Gewerkschaftskonföderationen und aller im privaten Bereich tätigen Gewerkschaftsvorstände. Bei Neuwahlen zu den Gewerkschaftsgremien, die die Junta anordnete, kann die Opposition allerdings 85% ihrer Kandidaten durchbringen
- 1981 Inkrafttreten der neuen Verfassung
- 1982/83 Anwachsen der Streikbewegung



Militäraufmarsch nahe der Kupfermine in El Teniente

chen zur Verantwortung gezogen zu werden, greift um sich. Zwar sagen Kenner der Szene, daß Pinochet noch immer über eine feste Unterstützung innerhalb der Armee verfüge und die Kritiker aus der Marine und der Luftwaffe noch unterlegen seien¹, doch auch hier sind erste Anzeichen offensichtlicher Meinungsverschiedenheiten sichtbar. So wurde der Militärkommandant von Santiago, General Hector Orozco, angeblich deswegen seines Postens enthoben, weil er sich weigerte, am 14. Juni 1983, dem zweiten Nationalen Protesttag, mit seinen Truppen gegen Demonstranten vorzugehen.

Sicherster Indikator für die zunehmende Schwäche des Regimes aber ist die Reaktion der Regierung in Washington. Sie hat zwar Pinochet keineswegs die Unterstützung entzogen, aber auch sie sieht sich gezwungen, sich mit eigenen Trümpfen in die Auseinandersetzung einzuschalten.

Das Pinochet-Regime genießt einerseits eine Vorzugsbehandlung aus Washington, vor allem seit die Regierung Reagan an der Macht ist. Allein in diesem Jahr erhielt es vom Internationalen Währungsfonds (IMF), der entscheidend von US-Banken beeinflusst wird, über 1 Mrd Dollar und einen weiteren Kredit von 1,3 Mrd Dollar durch ein Internationales Bankenkartell, um seine Devisenreserven wieder auf die vom IMF geforderte Höhe zu bringen sowie die fälligen Zinsen für die über 20 MRD Dollar hohe Auslandsschuld zu bezahlen.

Andererseits aber sah sich das Weiße Haus mehrmals genötigt, vorsichtige Kritik am Pinochet-Regime zu üben. Der US-Botschafter in Santiago, James Theberge, betonte denn auch angesichts der Protestwelle in Chile, daß sein Land „die Wiedererrichtung einer vollkommenen und stabilen Demokratie in Chile unterstützt“.

„Wir sind davon überzeugt, daß die Demokratie das Regierungssystem ist, daß die große Mehrheit der Chilenen wünscht und das die US-Interessen in der Region am besten befriedigt.“ Aber: „Natürlich respektieren wir die Prinzipien der Nichteinmischung und wir glauben, daß es in der Verantwortlichkeit der Chilenen und der chilenischen Regierung liegt, zu entscheiden, wann und wie eine solche Regierung ohne äußere Einmischung entstehen soll.“²

Zweifellos hat die Regierung der USA keinerlei Interesse am vorzeitigen Ende des Pinochet-Regimes. Unter Federführung des damaligen US-Außenministers Henry Kissinger, der heute als Vorsitzender der Reagan'schen Sonderkommission zu Mittelamerika fungiert, und der US-Monopole, die von der demokratisch gewählten Regierung Allende des Landes verwiesen wurden, wurde die Diktatur installiert. Durch die US-Unterstützung wurde ihr Machterhalt bis heute gesichert.

Das war nicht nur Pinochet nützlich, konnten doch die US-Monopole durch die Wirtschaftspolitik der Diktatur das Land bis zum Letzten ausbluten. Die Forderung auch rechter Oppositioneller in Chile nach Änderung der Wirtschaftspolitik zur Rettung der nationalen Industrie, also nach einer Einschränkung der Macht der ausländischen Monopole, steht damit den US-Interessen im Wege.

Auch ein zweiter wichtiger Aspekt dürfte die US-Regierung davon abhalten, Pinochet ohne weiteres fallenzulassen. Seit dem Machtantritt der Reagan-Administration hat sich die Diktatur in Chile angesichts des immer schlechteren Verhältnisses Washingtons zu anderen lateinamerikanischen Regierungen als wichtiger Bündnispartner in Sachen US-Interventionpolitik in Mittelamerika erwiesen.

Während des Malwinen-Krieges 1982 stand die Diktatur als einziges Regime Lateinamerikas offen auf Seiten der USA und Großbritanniens. Gleichzeitig ist das chilenische Regime neben Südafrika das einzige im Süden Lateinamerikas, das bereit ist, den Bestrebungen der USA, einen Südatlantikpakt zu gründen, nachzugeben. Ein schnell vollzogener Machtwechsel, so rechnet man in Washington, birgt aber – egal wie – die Gefahr in sich, daß eine neue Regierung zu einer solchen Politik auf Distanz gehen wird.

Reagans Hoffnungen auf eine „apertura“

Die Hoffnungen der USA richten sich offensichtlich darauf, daß man das Regime zu einer „apertura“, zu einer Öffnung, bewegen kann, die aber den Machterhalt vorerst noch sichert, etwa in Anlehnung an das brasilianische Modell.

In diesem Sinne sind wohl die Gespräche verlaufen, die US-Botschafter Theberge mit den Vertretern chilenischer Berufsverbände während des Streikes der Transportunternehmer Ende Juni d.J. geführt hat. Erfolgreich, wie man sieht, denn die Transportunternehmer verließen sehr schnell ihre ursprünglichen Forderungen nach sofortiger Rückkehr zur Demokratie und Freilassung aller inhaftierter Gewerkschafter. Sie gaben sich mit der Zusage des Regimes zufrieden, man werde einen Teil ihrer Schulden übernehmen.

Auf den Druck aus Washington dürften auch einige Maßnahmen des Regimes zurückgehen, wie etwa die differenzierte Haltung gegenüber der Opposition. Während linke Gewerkschafter, die vor und während der Protesttage verhaftet wurden, vom chilenischen Geheimdienst verschleppt, gefoltert und anschließend für mehrere Monate verbannt wurden, dürfen Christdemokraten und dem rechten Flügel zuzurechnende Oppositionspolitiker bis jetzt noch mit „freundlicherer“ Behandlung rechnen. Die drei christdemokratischen Führer, die vor kurzem verhaftet worden waren, wurden lediglich 5 Tage in einem öffentlichen Gefängnis festgehalten, wo sie einem gewissen Schutz durch die öffentliche Kontrolle unterlagen.



Reagan zu Pinochet: „Bestimmt sind die Töpfe sowjetischer Fabrikation“

Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT



Gewerkschaftsführer Seguel (l.), im Juli d. J. Streikempft; streikende Kupferarbeiter in El Teniente

Am 10. Juni d.J. wurde in Santiago die Gründungserklärung des Nationalen Kommandos der Arbeiter (CNT) veröffentlicht. Die CNT ist das bislang breiteste Bündnis, zu dem sich die größten Gewerkschaftsverbände Chiles zusammenfanden. Die Erklärung enthält die gemeinsamen Kernforderungen des Gewerkschaftsverbandes der Kupferarbeiter (CTC), der Nationalen Gewerkschafts-Koordination (CNS), der Demokratischen Arbeiterunion (UDT), des Verbandes der Privatangestellten Chiles (CEPCH) und der Einheitsfront der Arbeiter (FUT), deren Führungsorgane das Dokument alle unterzeichneten.

Wir geben den chilenischen Arbeitern und dem Land bekannt, daß heute, am 21. Mai, alle Gewerkschaftsgruppen des Landes übereingekommen sind, ihr Vorgehen zu vereinheitlichen, und sie das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT) gebildet haben, dessen Hauptziel die Wiederherstellung der Demokratie in unserem Land und die freie Ausübung der Gewerkschafts- und Bürgerrechte ist. Dieses Kommando wird aus Gewerkschaftsorganisationen gebildet, die alle gesellschaftlichen und produktiven Bereiche des Landes abdecken. Auch werden wir einen engen Kontakt mit allen lebendigen Kräften des Landes aufrecht erhalten.

Die landesweite Protestaktion am 11. Mai ließ die tiefgehende Unzufriedenheit im Lande über die schlimme wirtschaftliche, gesellschaftliche, moralische und politische Krise offenkundig werden, unter der Chile leidet. Sämtliche Bereiche der Nation protestierten. Die Regierung will jedoch die von ihr gemachten Fehler nicht zugeben und besteht auf dem schon zur Gewohnheit gewordenen Vorgehen der Disqualifizierung durch ihren enormen Publikationsapparat. Wenn die Situation eine ernsthafte und objektive Analyse erforderlich macht, greift das Regime, anstatt diese anzustellen, zu Drohungen, zur Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiter und Bewohner der Armenviertel.

Dem geben sich auch einige Gewerkschaftsführer hin, um Sanktionen gegen Arbeiter und Gewerkschafter zu fordern, wodurch sie zu unseren zähen Henkern werden. Sie werden sogar zur internationalen Arbeiterorganisation geschickt, ohne irgendeine Repräsentation unter den chilenischen Arbeitern zu haben.

Mit seiner Entstehung solidarisiert sich dieses Kommando mit allen verhafteten, verbannten und exilierten Arbeitern und Bewohnern von Armensiedlungen sowie mit den Vorsitzenden und den Führern der Basis der CTC, die vor Gericht gestellt werden, weil sie die Rechte ihrer Mitglieder verteidigt haben. Wir solidarisieren uns mit Radio Cooperativa und mit allen Massenmedien, die von der Regierung zensiert werden. Die Regierung muß verstehen, daß uns die Arbeitslage und die gesellschaftliche Wirklichkeit dazu drängen, zu protestieren und das, was zu unserem Schaden ist, anzuklagen.

Dieses Kommando repräsentiert fast zu 100% die Meinung der organisierten Arbeiter des Landes. Wir glauben auch, die Meinung aller Arbeitslosen in Chile zu vertreten, die Opfer einer verfehlten Wirtschaftspolitik sind, die den Ruin der Industrie und der Produktivität der Nation hervorgerufen hat.

Wir rufen alle nichtorganisierten chilenischen Arbeiter auf, sich enger um dieses Kommando zusammenzuschließen, das für ihre Interessen kämpfen wird.

In dieses Bild paßt auch die Ankündigung Pinochets, man werde durch eine Sonderkommission, in der auch bestimmte Oppositionspolitiker mitarbeiten sollen, die Zulassung von nichtmarxistischen Parteien prüfen lassen.

Die hektische Eile mit der jetzt die „apertura“ zumindest angekündigt wird, macht deutlich, wie ernst man in Kreisen des Regimes die Protestbewegung nimmt. Die Furcht, diese Bewegung könnte sich im gleichen Tempo wie bisher radikalieren, ist groß. Die bisher durchgeführten Nationalen Protesttage haben das Regime das Fürchten gelehrt. Sie sind der Beweis, daß „viele Chilenen nicht länger das repressive Regime von General Augusto Pinochet Ugarte ertragen können“³.

Sichtbar wurde dies vor allem am 12. Juli d.J., dem dritten



Conception: Arbeitslose holen Kohlenstaub aus der Brandung

Nationalen Protesttag. Während die Massenmedien geradezu ein „Bombardement von Sendungen über die kommunistische Gefahr und die fehlende Achtung der Menschenrechte in Polen“⁴ veranstalteten, hallten Chiles Städte trotz Ausgangssperre und Pressezensur wider, von dem Lärm der Autohupen und Kochtöpfe.

In Herminde de La Victoria wie in den anderen Arbeitervierteln der großen Städte, in vielen Universitäten wurden Demonstrationen während der Ausgangssperre durchgeführt, Barrikaden errichtet, Molotow-Cocktails gegen die einrückenden Polizeikräfte geworfen. Augenzeugen berichten, daß in Arbeitervierteln Santiagos lange vor dem Einrücken der Polizei Barrikaden errichtet wurden, so daß es ihr nicht gelang, in die Viertel vorzudringen.

Daß es der Diktatur trotz der angekündigten und durchgeführten Repression – zwei junge Frauen wurden ermordet, mehrere Menschen verletzt und 2.000 verhaftet –, nicht gelungen ist, den Nationalen Protesttag auf ein Minimum zu beschränken, bedeutete für das Regime eine schwere Niederlage.

Am vierten Nationalen Protesttag, dem 11. August d.J., hat sich der Stärkezuwachs des Massenwiderstands bestätigt. Das Aufgebot von 18.000 Armee- und Polizeikräften allein



Verhaftete Gewerkschafter

in Santiago und deren verschärfter Gewalteininsatz, der nach ersten Meldungen 10 Tote, über 30 Verletzte und 500 Verhaftete in der Hauptstadt forderte, zeigt zugleich, daß das Pinochet-Regime sich des Ernstes seiner Lage bewußt ist. Besondere Unruhe hat vor allem die Tatsache ausgelöst, daß die Losung der Kommunistischen Partei (PCC), sich mit den verschiedensten Mitteln gegen diese Diktatur zur Wehr zu setzen, auf immer größeren Widerhall in der Arbeiterbewegung stößt.

Trotz einer differenzierten Linie gegenüber der Opposition ist es dem Regime auch nicht gelungen, die sich formierende Einheit der Gewerkschaftsbewegung wieder zu spalten. Das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT, gegründet im Mai 1983) repräsentiert die gesamte politische Breite der chilenischen Arbeiterbewegung (siehe nebenstehende CNT-Gründungserklärung). Daß das CNT an der Spitze der Protestbewegung steht – von ihm gingen die Aufrufe zu den Nationalen Protesttagen aus – und seine Einheit eine Garantie dafür ist, daß die Forderungen der chilenischen Bevölkerung zum Tragen kommen, bedeutet für das Regime nicht nur, daß ihm ein Strich durch die Rechnung der allmählichen Öffnung gemacht wird.

Der Sturz der Diktatur ist das einigende Ziel der gesamten Opposition. Von einer Einheit aller antidiktatorischen Kräfte kann trotzdem nicht die Rede sein. Offensichtlich wird jetzt darum gerungen, wer als die stärkere Kraft aus dem Kampf hervorgeht.

Ringens um die Spitze der Protestbewegung

Nur so sind die Worte des Vorsitzenden der Christdemokratischen Partei (PDC), Gabriel Valdes, zu verstehen, daß Chile heute einem Vulkan gleiche: „Bis jetzt ist dieser Vulkan noch nicht ausgebrochen, aber er brodeln bereits. Wer das nicht hört, ist taub, und wer das nicht sieht, ist blind. Die Bevölkerung zeigt ihre Ablehnung. In kurzer Zeit könnte sie dies in gewalttätiger Form tun. Wir haben bereits seit einiger Zeit gesagt, daß man zur rechten Zeit Veränderungen vornehmen muß, sonst werden sie erzwungen.“⁵

Ähnlich warnte auch der dem rechten Flügel angehörende christdemokratische Präsident des Oppositionsbündnisses PRODEN (Projekt der Nationalen Entwicklung, gegründet Ende 1982), Jorge Lavanderos, davor, falls nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen würden, die Lage in Chile „explodieren und unweigerlich ein anderes Nikaragua hervorrufen wird“⁶

In diesem Zusammenhang sind auch die verstärkten Bemühungen der Christdemokraten zu verstehen, sich an die Spitze der Oppositionsbewegung zu stellen. Dabei setzt die



Demonstration gegen den Mord an P. Yanez am 14. 6. 1983

PDC auf eine Einigung mit Teilen der rechten Nationalen Partei und Teilen der Linken, unter Ausschluß der Kommunisten und der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR).

Durch die Schaffung der Bündnisse PRODEN, in dem sich vor allem die Rechte sammelt, und „Demokratisches Manifest“, von der Presse als Multipartidaria (gegründet im März 1983) bezeichnet, in der auch Vertreter der Radikalen Partei und der Sozialisten mitmachen, sind sie diesem Ziel nähergekommen.⁷ Zwar hat die Radikale Partei die Aufnahme der Kommunisten in das „Demokratische Manifest“ gefordert. Dies jedoch scheiterte bisher am Widerstand der PDC.

Zwei Alternativen der Opposition

Am 3. August d.J. forderte der sozialdemokratische PRO-DEN-Generalsekretär Diego Portales in Santiago erstmals offen den Rücktritt des Präsidenten Pinochet. Am 6. August d.J. gab PDC-Präsident Gabriel Valdes die Konstituierung einer Demokratischen Allianz bekannt, die in etwa das Spektrum der Multipartidaria umfaßt und gleichfalls den Abtritt des Diktators verlangt.

G. Valdes wies auf einem Meeting in Santiago das „Dialog“-Angebot und die Einladung Pinochets an gemäßigte Oppositionsführer, sie könnten sich an einem von ihm eingesetzten Staatsrat beteiligen, zurück. Stattdessen fordert die Demokratische Allianz Pinochets Ablösung durch eine von ihr getragene provisorische Übergangsregierung, die für 18 Monate die Staatsgeschäfte in die Hand nehmen und eine Volksabstimmung für eine Nationalversammlung vorbereiten soll. Diese hätte eine neue, demokratische Verfassung zu erarbei-

ten. Danach könnten allgemeine Wahlen über die Zukunft Chiles entscheiden.⁸

Nach außen hin scheint die Situation der chilenischen Opposition weiterhin verworren. Im Grunde aber gibt es unter den gegenwärtigen Bedingungen „zwei Alternativen“, schreibt Principios, das im Untergrund erscheinende theoretische Organ der Kommunisten: „eine volksdemokratische und eine bürgerlich-demokratische“.

Während die erste Alternative vor allem durch die Christdemokratie und ihre Bündnispartner der Nationalen Partei und deren Abspaltungen repräsentiert wird, stehen für die andere Alternative die PCC, die MIR, Teile der Radikalen Partei und die Sozialistische Partei unter ihrem Vorsitzenden Clodomiro Almeyda.

Die „erste“ Alternative, so schreibt Principios weiter, „kann keine Lösung für die schweren Probleme des Volkes darstellen. Sie wird nicht in der Lage sein, die materielle und institutionelle Basis des Faschismus tiefgreifend zu beseitigen und die demokratischen ökonomischen und politischen Forderungen des Volkes zu beantworten. Eine Alternative dieses Typs wäre eine Versöhnung zwischen der bürgerlichen Demokratie mit dem Finanzkapital und der imperialistischen Macht. Diese Allianz wäre offensichtlich instabil. Nach nur kurzer Zeit würde die Klein- und Mittelbourgeoisie wegen der Macht des Monopol- und Finanzkapitals enttäuscht sein.“

Als Lösung schlägt die PCC eine demokratische Volksregierung „unter Beteiligung aller Kräfte, die für den Sturz der faschistischen Diktatur gekämpft haben und in der die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft darstellt“ vor.⁹

Daß es noch die Alternative gäbe, daß Pinochet sich an der Macht hält, davon scheint in Chile niemand mehr auszugehen.

Ob es letztlich gelingen wird, eine von allen antifaschistischen Kräften getragene Regierung durchzusetzen, wird von der Einheit der Arbeiterklasse und der Linken abhängen. Klar aber ist bereits jetzt, daß der Sturz Pinochets durch den Kampf der Bevölkerung durchgesetzt werden wird. Das ist der Grund dafür, warum sich die chilenische Christdemokratie und die offene Rechte hinter die Protestbewegung stellen müssen. Das läßt so oder so für die Zukunft hoffen.

Anmerkungen:

- 1) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 11.7.1983
- 2) Latin America Weekly Report (LAWR), London, 23.7.1983
- 3) Time, New York, 25.7.1983
- 4) El Pais, Madrid, 23.6.1983
- 5) Hoy, Santiago, 1.-7.6.1983
- 6) LAWR, 8.7.1983
- 7) Zu den neuen Oppositionsbündnissen und den wirtschaftlich-sozialen Ursachen der Krise des Regimes siehe: AIB 7-8/1983, S. 56-59
- 8) Nach: Le Monde, Paris, 5.8.1983; El Pais, 8.8.1983 und IHT, 8.8.1983
- 9) Hoy, Santiago, 11.-17.5.1983



KALTER WIND AM BOSPORUS
Reise in eine unbekannte Türkei

Wolfgang Albrecht
Barbara Hoffmann
Kalter Wind am Bosphorus
Reise in eine unbekannte Türkei
Sachbuch, 200 Seiten, illust., 9,80 DM

Conrad Schuhler
Freeze!
Die Geschichte des anderen Amerika, Sachbuch, 224 Seiten, 12,80 DM

Brennpunkt International



Wolfram Brönner-Horst-Eckart Gross
EL SALVADOR die unsichtbare Front

W. Brönner/H.E. Gross (Hg.)
El Salvador — die unsichtbare Front
Sachbuch, ca. 176 S., ca. 9,80 DM

NEU

Im Buchhandel erhältlich

Postfach 789
46 Dortmund





Chilenische Linke (v. l. n. r.): Gladys Díaz (MIR), Hector Cuevas (CNS), Clodomiro Almeyda (PS), Oscar Garretón (MAPU), Anselmo Sule (PR) und Luis Corvalán (PC)

Sichtweisen der chilenischen Linken

Mit dem stürmischen Aufschwung des Massenwiderstandes gegen die Pinochet-Diktatur im Sommer d.J. entstand eine neue Lage in Chile, sieht sich die Oppositionsbewegung zur Suche nach neuen Wegen und Antworten herausgefordert. Wir haben aktuelle Antworten von Führungspersonlichkeiten chilenischer Linksparteien und des Gewerkschaftsführers Hector Cuevas, Präsident der Bauarbeiterkonföderation und Leitungsmitglied der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), zusammengestellt. Unter der Parteiprominenz finden sich Anselmo Sule, Generalsekretär der Radikalen Partei und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, die Generalsekretäre der Sozialistischen und Kommunistischen Partei, Clodomiro Almeyda und Luis Corvalán, das Mitglied des Zentralkomitees der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Gladys Díaz, sowie Oscar Garretón, Generalsekretär der Bewegung der Einheitlichen Volksaktion (MAPU).

1. Zur Lage des Pinochet-Regimes

A. SULE: Die Protesttage vom 11. Mai und 14. Juni d.J. sowie die Aktionen dieser Tage haben das chilenische Regime gezwungen, eine größere Beteiligung der Bürger zu versprechen und der Lage einiger Exiliierter mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Selbst die Anhänger der Diktatur haben ihr geraten, die „Lage entsprechend der neuen Realität zu klären“. Denn es ist unüberschaubar, daß sie selbst den Kredit unter den wenigen Gruppen verspielt hat, die sie anfänglich unterstützten, und daß sie sich harten Attacken gegenübersehen.

C. ALMEYDA: Ich glaube, daß die Ereignisse, die unser Land in den letzten Monaten erlebt hat, auf einen Wandel der allgemeinen Situation des Landes hindeuten. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß die demokratische und Volksopposition die Initiative ergreift, daß die Regierung sozial und politisch immer mehr in die Isolation gerät und daß das Volk und die Massen eine Protagonistenrolle im Kampf übernehmen. War der Widerstandskampf früher mehr auf die bewußtesten politischen Kräfte konzentriert, so tut dies jetzt das gesamte Volk, das angeleitet wird durch die Gewerkschaftsführungen.

Diese haben es geschafft, sich in einem Gewerkschaftskommando der Arbeiter zu einigen, das jetzt nicht mehr ausschließlich soziale Forderungen erhebt, sondern auch die konkrete Forderung nach dem Sturz des Regimes, nach dem Rücktritt Pinochets, nach der Rückkehr zur Demokratie selbst. Dies ist nun nicht mehr nur eine Forderung der politischen Führungen, sondern eine allgemeine und tiefgreifende Forderung des ganzen Volkes, was die Situation Chiles gegenüber den Vormonaten qualitativ verändert.

Dies markiert den Anfang des Endes von Pinochet. Er hat seinen Rückzug angetreten. Was heißt dies? Daß nur noch wenig fehlt, daß wir am Vorabend des Zusammenbruchs des Regimes stehen.

Die Regierung setzt auf die Unterstützung durch die Armee, die sich durch die Unterstützung des Heeres, der Marine und der Luftwaffe mit Rückendeckung des US-Imperialismus vollziehen soll, was heißt, daß immer noch eine Strecke zurückzulegen ist. Aber auf dieser Strecke werden das Volk und seine Organisationen die Hauptrolle spielen.

L. CORVALÁN: Das Jahrzehnt der Pinochet-Herrschaft ist das dunkelste Kapitel in der Geschichte Chiles. Niemals zuvor hat das Land eine so lange und brutale Diktatur erlitten. Niemals zuvor gab es eine solch grausame Regierung wie diese, die soviel Gewalt angewendet und so viele Verbrechen begangen hätte.

Das chilenische Volk erhebt sich gegen die Tyrannei. Der Kampf ist in eine neue Phase getreten, für die die Beteiligung von Millionen Menschen, eine starke Beteiligung der Arbeiterklasse und die Kampfbereitschaft charakteristisch ist.

Pinochet behauptete, daß hinter allem die Kommunistische Partei steckt. Aber dahinter steckt die Unzufriedenheit, der Kampf um das Recht von Millionen Hungernden und Arbeitslosen zu überleben, die heilige Sehnsucht nach Freiheit.

Das Volk hat Tausende von Formen des Protestes gefunden. Die Verschiedenheit der Kampfformen erleichtert die Teilnahme der verschiedensten Sektoren. Der Rücktritt Pinochets ist das große einigende Ziel. Jede soziale Gruppe, die von der kriminellen Repression und von der verheerenden Wirtschaftspolitik des Regimes betroffen ist, begreift mit großer Klarheit, wie dringlich es ist, dieses Ziel zu erreichen, um den Weg für eine Lösung der Probleme zu öffnen.

Seine Anhänger, die jeden Tag weniger werden, fordern angesichts der Aussichtslosigkeit seiner Lage von ihm Maßnahmen der Öffnung, aber er verschließt sich, womit er sich jeden Tag mehr isoliert und sein eigenes Grab gräbt.

Die Errichtung eines demokratischen Regimes ist zu einer Forderung der gesamten Bevölkerung geworden. Das beste wäre, wenn die Streitkräfte dies rechtzeitig begreifen würden.

G. DIAZ: Wir sind Zeugen der wichtigsten Ereignisse in Chile in diesen 10 Jahren Diktatur. Die Überausbeutung der breiten Schichten der Bevölkerung, die fehlende Freiheit in jeder Hinsicht und die brutalste Repression eines autoritären Militärregimes, das das Land im Kommandostil eines Befehlshabers des Heeres 10 Jahre lang „geführt“ hat, hat die Bildung einer Oppositionsbewegung der breiten Mehrheit ausgelöst, die heute auf den Straßen Chiles spürbar wird, in den Fabriken, Elendsvierteln, Schulen, unter Anwendung der unterschiedlichsten Kampfformen.

Was in unserem Lande gegenwärtig geschieht, ist nicht die spontane Explosion des Volkes, dem der Geduldsfaden endgültig gerissen ist. Im Gegenteil, es ist die Ernte, die Frucht einer stillen Arbeit im Untergrund, im halblegalen und in den verbliebenen legalen Räumen. Einer Arbeit, die die Unzufriedenheit aufnahm, organisierte und kanalisierte, die Forderungen auf den Nenner brachte und den Kampf vorbereitete, ausgehend von den am meisten fortgeschrittenen und bewußten Sektoren der Volksbewegung bis hin zu den Mobilisierungen der Gesamtheit der Bevölkerung, die von der herrschenden Klasse in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht unterdrückt und in Mitleidenschaft gezogen wird.

In diesen Augenblicken treffen die Interessen der Ausbeuteten, der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Studenten, der Landarbeiter, der Frauen und der Christen mit denen der Mittelschichten und sogar von gewissen Fraktionen der Bourgeoisie zusammen, die ebenfalls von dem Wirtschaftsmodell betroffen sind, welches nur eine einzige



Minderheit begünstigt und sogar diejenigen ruiniert, die es einmal eingesetzt haben.

Sie alle erheben einstimmig den Schrei: Weg mit Pinochet! Sie alle hoffen darauf, daß sich ein Weg öffnet hin zu der so ersehnten Freiheit und Demokratie, die uns in diesem 10 Jahre währenden dunklen und dramatischen Abschnitt der chilenischen Geschichte verwehrt worden sind. Die Antwort des Diktators ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt gekennzeichnet durch Inflexibilität und die Fortführung der Linie der anhaltenden und permanenten Repression.

2. Zur demokratischen Alternative

A. SULE: Diese sog. Öffnung, die der Diktator gnädigerweise mit der größeren Bürgerbeteiligung verspricht, kann nicht akzeptiert werden. Wir können uns auch nicht dem pseudodemokratischen Plan anschließen, den bestimmte Kreise der nordamerikanischen Wirtschaftsmacht vorschlagen, um in Absprache mit den Militärs einen Ausweg zu suchen, der einige politische Tendenzen mit einschließen soll. Die wahren demokratischen Kräfte müssen dafür kämpfen, daß dem Volk alle seine Rechte zurückgegeben werden, die ihm per Verbot genommen wurden.

Wenn wir von Demokratie reden, meinen wir die allumfassende Demokratie, die politische, die ökonomische und die soziale Demokratie. Sie kann nur durch die breiteste Beteiligung des Volkes unter Berücksichtigung seines in Freiheit ausgedrückten Willens errichtet werden. Diese Demokratie wollen uns diejenigen verweigern, die das transnationale Herrschaftsmodell vertreten.

Deshalb haben wir alle Parteien und Massenorganisationen unseres Landes aufgerufen, gemeinsam einen Basiskonsens zu suchen, der niemanden bevorzugt, der zum Sturz der Diktatur führt, der dem Volk seine Souveränität zurückgibt. Denn nur das Volk kann über seine Zukunft entscheiden. Dieser Konsens muß alle Parteien, alle Basisorganisationen einschließen, die die Pinochet-Diktatur bekämpfen, ohne jegliche Ausnahme. Niemand besitzt die politische oder moralische Autorität, um der einen oder anderen politischen oder sozialen Gruppierung das Recht zu verweigern sich an der Wiedererrichtung der Demokratie zu beteiligen.

G. DIAZ: Bei den Protesten, den Streiks, den Demonstrationen, die heute in Chile durchgeführt werden, auf den Straßen, in den Städten, in den Bergwerken und auf dem Lande kann man zwei Formen der Opposition unterscheiden, die zwei unterschiedlichen politischen Projekten entsprechen.

Auf der einen Seite ist die bürgerliche Opposition, die eine politische Alternative bereithält, die man als neoliberal bezeichnen könnte und die inhaltlich einen Sozialpakt der Klassenversöhnung vorschlägt, welcher Sektoren von der monopolistischen Bourgeoisie bis hin zu Teilen der Volksbewegung umfaßt, was eine beabsichtigte Spaltung der Linken beinhaltet. Dieses Oppositionsprojekt unter Vorherrschaft der Bourgeoisie reflektiert in diesen Tagen auf Verhandlungen mit der Regierung und sucht einen Ausweg aus der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise des Landes, indem eine breite Allianz der Klassen hergestellt werden soll. Gleichzeitig sollen Änderungen am gegenwärtigen Wirtschaftsmodell vorgenommen werden, dergestalt daß eine Wiederbelebung des auf den nationalen und Auslandsmarkt orientierten Produktionsapparats erreicht würde.

Das andere Projekt, die volksdemokratische revolutionäre Alternative wird zum Ausdruck gebracht durch die steigende Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Armen des Landes und der Städte, der lohnabhängigen und besitzenden Kleinbourgeoisie, deren gemeinsame Interessen eine Tendenz zum unabhängigen und demokratischen und offensiven Kampf hervorrufen und auf tiefgreifende Umwälzungen demokratischer und populärer Art in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft drängen.

Wie unterscheiden sich im Moment, im Kampf, in der konkreten Protestbewegung diese beiden Alternativen?

Die erste, die bürgerliche Opposition, ruft zu friedlichen Protestkundgebungen auf und versucht, Kräfte zu sammeln, um eine bessere Verhandlungsbasis zu haben. Sie strebt einen Sozialpakt an und legt Schritte des Einverständnisses mit den Streitkräften und der Gesamtheit der Bourgeoisie fest.

Die zweite, die volksdemokratische Alternative hat ihren Ausdruck auf den Straßen gefunden mit friedlichen, offensiven und auf einen radikalen Bruch zielenden Aktionen; durch Bekundungen zivilen Gehorsams, durch Barrikaden, Selbstverteidigungsmilizen, Sabotageakte – mit einem Wort, unter Anwendung aller Formen des Kampfes. Wir sind damit einverstanden, daß es heute außerordentlich wichtig ist, eine breite, die breitestmögliche soziale Bewegung zu bilden, die sich erhebt und kämpft, so, wie sie will und so, wie sie kann, um den Sturz Pinochets herbeizuführen. Wir sind auch einverstanden damit, daß wir die Demokratie nur erobern werden auf der Grundlage einer breiten sozialen und politischen Mobilisierung, die es schafft, das ganze Volk hinter sich zu bringen. Aber die große Frage, die wir allen Oppositionellen heute zu stellen wagen, lautet: Verstehen wir denn alle dasselbe unter Demokratie?

Oder anders herum: Wenn wir, alle, die in der Opposition sind, von Demokratie sprechen, haben wir dann in erster und wichtigster Linie die Arbeiter im Kopf, die Landarbeiter, die Frauen, die Christen der Basisgemeinden, die Mapuches, die Arbeitslosen, die Elendsviertelbewohner, die Künstler, die Studenten, die Kleingewerbetreibenden? Die chilenische Linke steht heute vor einer gigantischen Herausforderung, einer historischen Verantwortung, über die jetzigen und kommenden Generationen Rede und Antwort verlangen werden. Entweder sammeln wir Kräfte, damit wir als Rattenschwanz an ein bürgerliches Projekt drangehängt werden, das nicht in der Lage ist, zu einer politischen Stabilität zu gelangen; genau aufgrund des Ausmaßes der Krise, in die die Diktatur unser Land gestürzt hat, wird es keine positive Antwort finden auf die elementaren Forderungen unseres Volkes und unseres Proletariats.

Oder aber wir vereinen uns, koordinieren uns auf der Grundlage eines Programms, möge es auch noch so einfach und grundlegend sein, und marschieren los auf einem autonomen, unabhängigen Weg.

Es ist in Ordnung, kämpfen wir alle zusammen – mit wem auch immer, um endlich Pinochet zu beseitigen. Aber sammeln wir weiter Kräfte und drücken wir dem Widerstandskampf in seiner Ausdehnung und Tiefe den Stempel der unterdrückten Klasse auf. Lassen wir uns nicht durch pseudodemokratische Öffnungen nicht täuschen, die nicht nur versuchen, die Linke zu spalten, sondern darüber hinaus vorübergehend als Trampolin dienen können für erneute militärische und autoritäre Feldzüge gegen das Volk, die uns wieder in eine Lage bringen können, in der sich vor Ohnmacht unsere Herzen zusammenkrampfen.

L. CORVALAN: Vom selben Augenblick an, da die faschistische Tyrannei die Macht übernommen hatte, mußte sie sich mit der Opposition der fortgeschrittensten Sektoren der Gesellschaft auseinandersetzen, die von den Parteien der Linken präsentiert wird. Zur Opposition der Linken kam später die Opposition des politischen Zentrums. In letzter Zeit machte sich auch die Opposition der Rechten bemerkbar.

Die Kommunistische Partei schlägt deshalb eine Vereinbarung zwischen alle oppositionellen Kräften der Linken, des Zentrums und der Rechten vor. Nur die Einheit und der gemeinsame Kampf aller oppositionellen Kräfte kann die Tyrannei stürzen. Andernfalls wird die Tyrannei die Verwüstung unseres Landes fortsetzen.

3. Zur Frage der Gewalt

H.CUEVAS: Wir müssen sehen, daß in Chile ein Gewaltregime herrscht, und zwar ein Gewaltregime, das alle Schichten, alle Menschen in Chile unterdrückt und daß es die Regierung, das Regime Pinochets ist, das die wahre Gewalt verinnerlicht hat. Und es benutzt

diese Gewalt als eine institutionalisierte Gewalt.

Aus diesem Grund ist der Kampf der Arbeiter in Chile äußerst schwierig, dies muß man ganz klar sehen. Trotzdem haben die Arbeiter die Angst vor dem Regime immer mehr verloren. Aber noch einmal ganz deutlich, es ist das Regime Pinochets, das Gewalt anwendet, nicht das Volk oder die Arbeiter. Von daher sind für uns alle Mittel legal und legitim, die irgendwie zum Sturz der Diktatur beitragen können, wobei wir sehen müssen, daß die gesamte Palette der Maßnahmen und Aktionen, die zum Sturz der Diktatur führen können, wertvoll und wichtig sind. Sie sind wichtig, um den Sturz des Regimes zu beschleunigen.

O. GARRETON: Ich möchte eine Anekdote erzählen, um das Problem der Gewalt zu erläutern.

Am 14. Juni d.J. ist eine Gruppe von Jugendlichen und Eltern zum Berg Cristobal in Santiago gegangen, um da Töpfe zu schlagen. Es war eine ganz friedliche Demonstration. Dann kamen Polizeipatrouillen vorbei, sind ausgestiegen, haben die Waffen gezogen und sie auf die friedlichen Demonstranten gerichtet. Nach 5 Minuten mußten sie aber abziehen, weil überall Töpfe geschlagen wurden.

Die, die da Töpfe geschlagen haben, sind dann auf die Straße gegangen, haben einen Lichtmast umgestürzt und eine Barrikade daraus aufgebaut. Der Entschluß, Barrikaden zu errichten, kommt nicht von irgendwelchen Bösen oder Spezialeinheiten, die sich das vorgenommen haben, sondern das ist die Form, in der ein angegriffenes Volk antwortet. In Chile ist die Diktatur nicht nur für die eigene Gewalt verantwortlich, also für die Gewalt, die sie ausübt, sondern auch für die Gewalt, die sie als Antwort vom angegriffenen Volk erhält.

Wir glauben nicht, daß die Gewalt der Zauberstab des Kampfes ist. Wir sind aber der Meinung, daß man alle Formen des Kampfes, die das Volk anwendet, respektieren und sie annehmen und unterstützen muß. Man muß verstehen, daß es nicht nur der gewaltsame Kampf einer Avantgarde ist, welcher die Diktatur stürzen wird, sondern der offensive Kampf eines ganzen Volkes.

L. CORVALAN: Wie es der Interimspräsident der Konföderation der Bauarbeiter, Sergio Troncoso, gesagt hat: „Man kann nicht erwarten, daß das Volk die andere Backe hinhält.“ Das Volk hat das Recht, sich damit zu verteidigen, was es zur Verfügung hat. In den Armenvierteln gibt es die Entscheidung, sich entschlossen den neuen Einsätzen, wie sie in La Victoria und Nueva Legua am 14. Mai d.J. durchgeführt wurden, entgegenzustellen.

Wer könnte sagen, daß dies nicht eine legitime Haltung ist. Nur kämpfend kann man die Barbarei stoppen. Das Volk sagt mit Recht: „Nur der Kampf wird uns den Sieg bringen.“

In der gesamten Geschichte Chiles hat es niemals ein Regime gegeben, das eine solche breite Ablehnung wie dieses erfahren hätte. Die Kommunisten, das ist klar, beteiligen sich an dem Kampf. Es wäre unverantwortlich, würden sie es nicht tun. Mehr noch, sie waren die ersten und sind überall. Das haben in Santiago vor kurzem ausländische Journalisten gesagt. Warum sollten sie es verneinen? Das machen auch die Sozialisten, die Christdemokraten, die Radikalen, die Nationalpartei und alle politischen Parteien.

Vor drei Jahren hat die Kommunistische Partei die Forderung nach dem Recht des Volkes, gegen die Tyrannei zu rebellieren, aufgestellt. Sie tat dies, überzeugt davon, daß der Weg zu jeglicher Demokratisierung verschlossen ist und daß nur das Volk ihn wieder öffnen kann; daß es nur durch die entschlossenen und verschiedenartigsten Aktionen des Volkes möglich sein wird, mit dem Faschismus Schluß zu machen. Die Tatsachen geben ihr Recht, und darauf muß man sich stützen.

Es ist der Gipfel, daß ausgerechnet Pinochet von Vandalismus und Gewalt spricht. Und es ist bedauerlich, daß einige Oppositionelle ihm in dieser Linie folgen.

Nichtsdestotrotz wird die Bewegung vorwärtsgehen. Sie kann Niederlagen und momentane Rückschläge erleiden, aber niemand und nichts wird sie aufhalten, nicht die Verhaftungsbefehle vor allem gegen Kommunisten, die vom Innenminister herausgegeben wurden, nicht die Machenschaften der US-Botschaft, nicht aus Ausfälle des faschistischen Diktators.

Das chilenische Volk hat die große Schlacht um die Demokratie begonnen, und diese Schlacht kann nur mit dem Sieg enden.

C. ALMEYDA: Ich glaube, daß der friedliche Widerstand nicht ausreicht, um die Regierung übernehmen zu können. Ich glaube, daß der zivile Ungehorsam und der friedliche Widerstand Etappen in der Entwicklung des Kampfes sind, die nicht wegen des Volkes, sondern auf alleinige Verantwortung der Regierung immer schärfere und konfliktreichere Formen annehmen müssen. Und das Volk selbst, die Praxis sucht und entwickelt diese Formen.

Es ist nicht Folge eines akademischen Problems, daß man darüber diskutiert, welches Kampfmittel man anwendet und welches nicht. Es ist eine unabdingbare Notwendigkeit des Kampfes selbst, die das Volk bewegen wird, all jene Initiativen im Kampf und all jene Kampfmittel zu ergreifen, die ihm legitim scheinen, um der Gewalt des faschistischen Regimes zu begegnen.

AIB-Sonderhefte

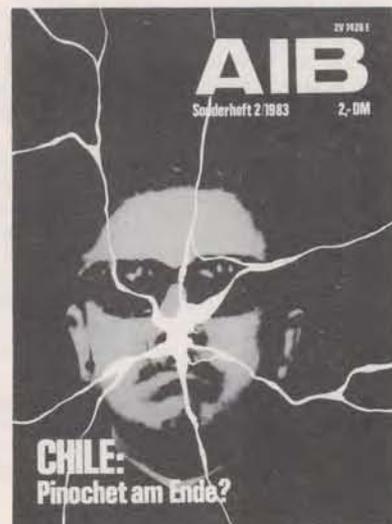


1/83: Bundesrepublik und 3. Welt

Mit folgenden Beiträgen:

Bilanz der Entwicklungspolitik der sozialliberalen Koalition • Neokolonialistische Weltmacht BRD — eine Datenübersicht • Die Dritte-Welt-Konzeption der Rechtskoalition Kohl/Genscher • Dokumente zur Dritte-Welt-Politik der CDU/CSU • Vormarsch der bundesdeutschen Multis in der Dritten Welt • Die stetige Ausweitung der BRD-Rüstungsexporte
36 Seiten

DM 2,—



2/83: Chile

Mit folgenden Beiträgen:

Einschätzung der aktuellen Lage • Stimmen der Linksopposition: Statements von C. Almeyda (PS), G. Dias (MIR), L. Corvalan (PCC) und A. Sule (PR) • H. Cuevas (CNT) zur Rolle der Gewerkschaften • Bundesrepublik und Chile: Beiträge von G. Stuby und H. O. Vetter, Faktenübersicht • Materialien des Chile-Kongresses von Münster
24 Seiten

2,— DM

3/82: El Salvador

Mit folgenden Beiträgen:

El Salvador — kein neues Vietnam • Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie • Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk • Der Befreiungskampf der FMLN/FDR

40 Seiten

DM 2,50

4. _____
(Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)
5. _____ (Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)
6. _____ (Name)
- _____ (Straße/Hausnummer)
- _____ (Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
	Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund	12,00	
	Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis	12,00	
	Graphikmappe, Rafael Cabrera, (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
	Schallplatte „Por la Paz“ der Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
	Broschüre „Eine neue interameri- kanische Politik für die 80er Jahre“ , Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
	T-Shirt, weiß mit Aufdruck „FMLN-El Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Silber	14,00	
	Anhänger ASK-Minitaube aus Silber	9,00	
	Silberkettchen , dazu passend	7,00	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
	Ohrstecker ASK-Taube aus Silber, Paar	19,80	
	Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, an Silberbügel, Paar	23,00	
	Anstecker ASK-Taube aus Silber	19,00	
	Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau	5,00	



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

...Kaffee

**aus
Nicaragua
trinken!**

**1
Pfund
12,-DM**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:

Four vertical lines for the sender's address on the postcard.



An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



15 Plakate aus dem freien Nicaragua

Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM, ab 10 Ex. 8,— DM



Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 14,— DM



Ohrhänger ASK-Taube aus Silber, ah Kettchen mit Stecker, Paar 27,50 DM

Anhänger ASK-Taube aus Ton, braun oder blau, Stück 5,— DM

Gespräch mit Magdalena Navarrete

Das Verschwundenenproblem ist nicht passé

Das Problem der Verschwundenen ist seit Mitte der 70er Jahre in der chilenischen und internationalen Öffentlichkeit gegenwärtig. Dafür sorgten einmal die Untersuchungen des Solidaritätsvikariats der Katholischen Kirche Chiles, das 860 Fälle von Verschwundenen vollständig dokumentierte. Noch spektakulärer waren die Aktionen der Angehörigen der Verschwundenen, die seit 1977/78 mit Hungerstreiks, Demonstrationen usw. die Aufklärung des Schicksals jedes einzelnen der insgesamt etwa 2.500 Verschwundenen forderten.

Die Vereinigung der Angehörigen der Verschwundenen entstand zunächst in Santiago und wurde 1979 auf das ganze Land ausgeweitet. Eine ihrer Repräsentantinnen, Magdalena Navarrete, stand auf einer Pressekonferenz in Münster Rede und Antwort.

FRAGE: Frau Navarrete, Sie tragen ein Foto auf der Brust. Vermutlich handelt es sich um einen Verschwundenen aus ihrer Familie oder Verwandtschaft...

M. NAVARRETE: Ja, es handelt sich um meinen verschwundenen Sohn. Er wurde am 17. November 1974 verhaftet durch die damalige DINA, heute genannt CNI, den chilenischen Geheimdienst, und zwar ganz konkret durch Oswaldo Roma. Der Name meines Jungen ist Sergio Reyes Navarrete.

Die Vereinigung der Familienangehörigen der Verhaftet-Verschwundenen versucht heute in ihrem Kampf eine klare Antwort der Regierung zu unserem Problem zu erreichen.

Wir haben bisher noch keine Antwort durch das Regime erhalten. Die einzige Antwort, die wir bislang erhielten, waren Lonquén und Cuesta Barriga. Das waren jene Massengräber, die man (Ende 1978; d. Red.) gefunden hat.

FRAGE: Wie groß ist die Zahl der Fälle von Verschwundenen, mit denen sich ihre Vereinigung beschäftigt?

M. NAVARRETE: Unsere Büros in Santiago, Valdivia, Concepcion, Valparaiso und Temuco befassen sich konkret mit 741 Fällen, die unsere Organisation genau registriert hat, mit Zeugenaussagen, mit Familienangehörigen, die dahinterstehen.

FRAGE: Haben sich Ihre Erfolgsaussichten im Zuge der Massenproteste der vergangenen Monate nicht erheblich verbessert?

M. NAVARRETE: Insofern schon, als das Regime derzeit in Chile keine Menschen mehr verschwinden läßt. Sie erschießen die Leute gleich oder verhaften sie meist in brutaler Manier.

FRAGE: Aber hinsichtlich der Aufklärung ihrer Verschwundenenschicksale kann man nicht von einer Veränderung sprechen?

M. NAVARRETE: Doch, den Ansatz einer Veränderung gibt es. Eine kleine Hoffnung ist für uns entstanden durch die Ernennung eines neuen Vorsitzenden des chilenischen Obersten Gerichtshofes (Rafael Retamals im Mai d.J.; d. Red.). Wir haben zweimal Gelegenheit gehabt, mit ihm zu diskutieren, und er hat sich offen gezeigt für unser Problem. Er hat sich offen gezeigt gegenüber unserem Anliegen, die Wahrheit nach und nach aufzudecken.

Ich hatte vor 2 oder 3 Tagen zum letztenmal Gelegenheit, mit ihm zu diskutieren und zwar über die Folter einer chilenischen Folterknechtin, Marcia Medino. Sie ist verantwortlich für die Festnahme vieler Chilenen im Jahre 1974 und auch für die Verhaftung von 119 Personen kurz nach dem Militärputsch. Diese Frau befindet sich heute noch in Chile. Man weiß nicht genau wo, ob sie sich ausgeliefert hat. Man wird es sicherlich nicht so schnell erfahren.

Für uns ist es von ganz besonderem Interesse, daß dieser Person nichts geschieht. Wir haben dies vielen Persönlichkeiten angetragen, sowohl den Staatsanwälten, den Militärrichtern als auch dem Präsidenten des Verfassungsgerichts, daß diese Person am Leben bleiben muß. Denn sie ist eine der Wenigen, die uns Aufklärung geben können über das Schicksal der Verschwundenen.

Sie haben uns alle möglichen Versicherungen gegeben bezüglich der Sicherheit dieser Person. Aber sie konnten uns natürlich nicht zusichern, daß diese Person nicht irgendwann einmal auf der Straße erschossen wird. Wir haben sehr große Angst davor, denn wir wissen, daß heute in Chile oft sehr seltsame Dinge geschehen.

FRAGE: Hat Ihre Vereinigung im Rahmen der nationalen Protesttage Aktionen zum Verschwundenen-Problem durchgeführt?

M. NAVARRETE: Vor dem 14. Juni 1983 haben wir einige Aktionen durchgeführt, vor diesem Tag des nationalen Protests, einem Tag, wo abgemacht war, daß keine Aktionen auf der Straße stattfinden sollten.

Wir haben — so wie das auch andere Gruppen gemacht haben — vor



diesem Tag eine Protestveranstaltung organisiert. Wir sind auf die Plaza de Libertad („Platz der Freiheit“), einen Platz in Santiago, gegangen, haben dort ein Plakat ausgebreitet und aufgehängt, auf dem stand „Wo sind die Verhaftet-Verschwundenen?“ Wir haben Parolen gerufen und es haben sich uns viele Leute genähert, die uns Fragen gestellt haben. Wir haben die Nationalhymne gesungen und sind eine lange Zeit dort auf dem Platz geblieben.

Die Polizei war ebenfalls anwesend, hat es aber nicht gewagt, uns anzugreifen oder uns zu nahe zu kommen. Wir konnten sagen, was wir zu sagen hatten, dann, als wir uns zurückgezogen hatten, ließen wir das Plakat dort an dem Platz und konnten dann noch sehen, wie ca. 50 Polizisten kamen und das Plakat konfiszierten. Dies hat uns natürlich sehr amüsiert.

FRAGE: Inwieweit hat die aktuelle Protestbewegung in Chile Ihr spezielles Anliegen aufgegriffen?

M. NAVARRETE: Wir beobachten heute in Chile auch eine Mobilisierung von Hunderttausenden, die vorher niemals an Widerstandskaktionen beteiligt waren. Und tagtäglich beobachten wir, daß das chilenische Volk, aber auch die Klassen, die früher Junta-Anhänger waren und sich heute in finanziellen Schwierigkeiten befinden, sich an dieser Mobilisierung beteiligen. Wir von der Vereinigung der Familienangehörigen arbeiten ebenfalls in diese Richtung, und wir bitten die Arbeiterbewegung, daß sie sich unsere Forderungen auch zu eigen macht.

Die Vereinigung der Gewerkschaften hat einen Forderungskatalog von 13 Punkten vorgelegt, aber das Problem der Verschwundenen erschien leider nicht in diesem Forderungskatalog. Dies hat uns mit großer Sorge erfüllt, denn wir glauben, daß man 10 Jahre Unterdrückung nicht einfach so ausradieren kann. Denn unser Schicksal ist eines der schmerzlichsten. Die Tatsache, daß man nichts weiß, ist doch sehr viel schmerzlicher als etwas genaues zu wissen.

Wir von der Vereinigung der Familienangehörigen haben auch ein Treffen gehabt mit PRODEN, einer (bürgerlichen Oppositions-; d. Red.) Bewegung, die jüngst in Chile gegründet wurde, wo man uns die grausame Frage stellte, ob es nicht besser wäre, auf die Waagschale zu legen einerseits die Demokratie in Chile, andererseits die Verschwundenen in unserem Land.

Aber dies hat uns mit sehr großer Sorge und Traurigkeit erfüllt, denn wir denken, daß es keine Demokratie in Chile geben kann, daß es keine demokratische Regierung in Chile geben kann, wenn nicht das Schicksal der Verschwundenen geklärt wird, wenn nicht geklärt wird, wer die Verantwortlichen für die Erschießungen sind, wenn das Schicksal der Exilierten und die Situation der Menschenrechte heute in Chile nicht geklärt wird.

Gerhard Stuby

Das Symbol Chile und wir

Prof. Gerhard Stuby, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) und Mitglied der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile, ist der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk eng verbunden. Er reiste mehrfach ins Chile Pinochets.¹ Er kennt die Entwicklung und Probleme des chilenischen Widerstands aus eigener Anschauung. Und er benennt die bundesdeutsche Verantwortung für Chile.

Uns stehen noch deutlich die dramatischen Ereignisse vom 11. September 1973 vor Augen, dem Tag, an dem die Militärjunta in Chile die Macht ergriff und Präsident Allende, das legale und legitime, weil demokratisch gewählte Staatsoberhaupt auf brutale Weise ermordete.

Die daraufhin einsetzende Welle von Hinrichtungen, Folterungen und Verfolgungen – die Stadien des Landes wurden zu Schauplätzen des Schreckens – rief in der ganzen Welt Abscheu und Entsetzen hervor. Die Bilanz: 1 Mio im Exil lebende Chilenen, 30.000 Tote, 2.500 Verschwundene, Tausende von Gefolterten mit physischen und psychischen Schäden für ihr ganzes Leben, seitdem permanenter Ausnahmezustand, der kaum die geringste Wahrnehmung demokratischer Rechte zuläßt. Sie wiegt schwer auf dem Gewissen der Menschheit.

Wenn auch die Hoffnung, die mit dem Symbol Chile verbunden war, nicht vernichtet werden konnte, seine Ausstrahlung und Kraft wurde jedoch für lange Zeit gebrochen, bevor sie in neue Kraft des Widerstandes transformiert werden konnte.

Viele stürzten in Verzweiflung und Resignation je tiefer und unentrinnbarer, je länger die Schreckensherrschaft Pinochets dauerte, je mehr sie sich mit der internationalen Unterstützung der herrschenden Finanzkreise der USA und Westeuropas, insbesondere der Bundesrepublik, etablieren konnte.

Aber nicht nur Verzweiflung und Resignation lösten der Putsch und seine Folgen aus. Gerade wir in der Solidaritätsarbeit lernten tiefer und präziser zu analysieren, Gesetzmäßigkeiten zu erkennen, aber auch unsere Schwächen, Fehler und Illusionen.

Pinochets Putsch – Sache der Konzerne

Was aber wichtiger ist! Das chilenische Volk, seine Arbeiter- und Bauernklasse, ihre Organisationen, die Gewerkschaften, ihre der Legalität beraubten Parteien, ließen sich nicht klein kriegen. Sie beschämten uns, die wir oft verzagten, angesichts der imperialistischen Raffinesse, sublimen Brutalität, der Übermacht der Waffen, durch klugen, wachsenden Widerstand, teilweise in ganz neuen Formen, ein Widerstand, der heute zu einer entscheidenden Herausforderung für das Regime Pinochets geworden ist, ganz gleich wie diese konkrete Kampfetappe enden wird.

Heute wissen mehr Menschen als 1973: Der Militärputsch war keine spontane oder gar zufällige Aktion, sondern ein Eckpfeiler für die Umsetzung eines langangelegten Programmes gesellschaftlicher Umwandlung im Gewinninteresse vornehmlich amerikanischer, aber auch bundesdeutscher transnationaler Unternehmen.

Für die einheimische Oligarchie und die USA, die – wie heute allgemein bekannt ist – mit staatlichen Organen unmittelbar sowohl an der Konzipierung, als auch an der Umsetzung dieses Programmes beteiligt waren, stand die Beseitigung der Regierung der Unidad Popular (UP, 1969 gegründetes Bündnis der Linksparteien; d. Red.) zunächst im Vordergrund. Damit sollte die beginnende Entmachtung der US-Konzerne, des Großkapitals und des Grundbesitzes gestoppt und ein wichtiges Beispiel von symbolhafter Bedeutung für den nationalen und sozialen Befreiungskampf nicht nur in Lateinamerika beseitigt werden.

In einer längeren, dem blutigen Putsch vorausgehenden Destabilisierungsphase, war es nicht nur gelungen, die UP-Regierung manövrierunfähig zu machen, sondern alle bürgerlichen Schichten bis hin zu einem Großteil des Mittelstandes für die Konterrevolution zu aktivieren (z.B. der Streik der Transportunternehmer) oder sie zumindest als Sympathisanten zu gewinnen.

Die zweite, die eigentliche Putschphase, war gegen die politischen und wirtschaftlichen Organisationskerne der Arbeiterbewegung gerichtet. Tausende von Funktionären wurden liquidiert, Hunderttausende von aktiven Demokraten ins Exil getrieben.

Vor allem durch die Ausschaltung jeder gewerkschaftlichen Aktivität, insbesondere auf der zwischenbetrieblichen Ebene (Förderationen), und Konföderation, wie auch auf der Zentralebene (CUT), wurde ein Programm der Gesellschafts-



Prof. G. Stuby auf dem Münsteraner Chile-Kongreß

atomisierung durchgesetzt, das es dem Kapital gestatten sollte, ohne die störende Kollektivmacht der Arbeiterbewegung voll seine Interessen durchzusetzen. Dieses Atomisierungsprogramm war begleitet von einem sich immer stärker verfeinernden System der Repression, in deren Mittelpunkt die Folter und die Institution des Verschwindenlassens stand und noch steht.

Die gesellschaftliche Friedhofsruhe war die Voraussetzung für die Verwirklichung des Konzeptes eines wirtschaftlichen Darwinismus in Reinkultur, d.h. des Programms der ökonomischen Schule der sog. Chikago-Boys (Milton Friedman, Arnold Harberger u.a.; d. Red.).²

Die einzelnen Bestandteile können wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Eindämmung der Inflation durch Anstieg der Arbeitslosigkeit (bisweilen auf einen Grad von 35%) und Absinken der Kaufkraft der Volksmassen. Allerdings entwickelte dieses Programm auch eine ungewollte Dialektik, da seine Folgen auch negative Auswirkungen auf die Mittelschichten, insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen hatte und damit Gruppen desillusionierte, die einen wichtigen Teil der sozialen Basis der Putschisten darstellten.

2. Eine völlige Überfremdung der chilenischen Wirtschaft durch die Einwirkungsmöglichkeiten der transnationalen Unternehmungen als Folge bestimmter wirtschaftlicher Maßnahmen wie z.B. Importöffnung, Zollsenkung usw. Die Folge ist, daß ein Großteil der Arbeitsmittel, des Großhandels, der Supermärkte, des Transportes und des Verkehrs weitgehend in der Verfügungsbefugnis ausländischer Kapitalinteressen stehen. Selbst genuin nationale Bereiche, wie das Bildungswesen oder das Gesundheitswesen, gelangen durch die rigorose Privatisierungspolitik zunehmend in ausländische Einwirkungsbereiche.

3. Eine Politik der Auslandsanleihen, anstatt einheimischer Kapitalkonzentration. Die durch die transnationalen Unternehmungen chilenischer Verfügung entzogenen Profite werden wiederum von diesen unter sehr günstigen, dem Volkseinkommen aber abkömmlichen Bedingungen als Auslandskapital angelegt. Trotz entgegengesetzter Demagogie steigen die Staatsausgaben an, insbesondere im Militärssektor. Inzwischen ist mit 16 Mrd DM die höchste pro-Kopf-Verschuldung in Lateinamerika erreicht.

Das Ergebnis all dieser Bestandteile ist nicht nur eine starke wirtschaftliche Abhängigkeit von ausländischer Beeinflussung, sondern die totale Veräußerung der chilenischen Wirtschaft und zwar an einige transnationale Konzerne, die den Staaten ihrer Mutterländer einige Brosamen aus den Übergewinnen geben, um einerseits dort relative soziale Stabilität zu erhalten, andererseits die Staatsmacht dieser Länder sich zu Aggression und Intervention nutzbar machen zu können.

Neuformierung der Gewerkschaftsbewegung...

4. Es war abzusehen, daß bei der langen Kampftradition der Arbeiterbewegung in Chile, sowohl was die gewerkschaftliche als auch die politische Ebene der Demokratieentwicklung anlangt, ein Konzept der Friedhofsruhe nicht durchzuhalten war. Dies hätte ein so starkes Anziehen der Repressionsschraube erfordert, insbesondere was die Liquidationswirkungen der Repression anlangt, daß unerwünschte ökonomische Effekte und Einwirkungen auf das Investitionsklima nicht zu verhindern gewesen wären.

Daher versuchte man sich flexibel anzupassen, vor allem was den gewerkschaftlichen Bereich anlangt, ohne allerdings die Unterdrückung und Demokratiebeseitigung aufzuheben.

Der erste Schritt war die abgerungene Wiederzulassung gewerkschaftlicher Basistätigkeit und in einem gewissen Umfang auch die Zulassung von Organisationen zweiten Grades,



nachdem der Versuch gescheitert war, durch überstürzte Wahlen regimetreue Arbeiterfunktionäre einzusetzen. Entweder wählten die Arbeiter nämlich trotz aller Restriktionen entschiedene Vertreter von Arbeiterinteressen oder die regimetreuen Arbeitervertreter entwickelten im Laufe der Zeit aus dem Zwang der Verhältnisse heraus regimetreue Positionen.

Dies zeigte sich insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem sog. Plan Laboral (neue Arbeitsgesetzgebung vom Juni 1979; d. Red.) ab 1980. Je mehr sich in der Wirklichkeit herausstellte, daß es sich bei diesem Plan um den raffinierten, aber nicht minder rigorosen Versuch handelte, das Konzept des reinen Liberalismus durch die Beseitigung aller Erwerbsbedingungen des individuellen und kollektiven Arbeitsrechtes und des Sozialversicherungsrechtes durchzusetzen, also im Grunde zu einem Zustand vor der Gewerkschaftsgründung und damit in die soziale Steinzeit zurückzukehren, umso stärker formierte sich der Widerstand.

Die Entstehung der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), der ersten wirksamen zentralen gewerkschaftlichen Dachorganisation, ihr Anwachsen durch die Propagierung des sog. Pliego Nacional („Nationaler Forderungskatalog“; d. Red.) 1980, der erstmals einen auf einem breiten Konsens beruhenden wirtschaftlichen und politischen Forderungskatalog formulierte, markiert den Beginn einer Widerstandsphase, die mit der Generalstreik-Bewegung im Augenblick einen entscheidenden Punkt erreicht hat.

Andere Bereiche, insbesondere die Katholische Kirche mit ihren verschiedenen eigens gegen die Repression gegründeten Institutionen, die Bewegungen in den Wohnvierteln unter der Jugend und den Frauen, das Übergreifen von Solidaritätsaktionen auch auf die Mittelschichten zeigen nicht nur die Breite des Widerstandes an, sondern seine potentiellen Entwicklungsmöglichkeiten. In der Aktion zumindest fanden sich nicht nur alle Kräfte der UP, sondern auch ehemals außerhalb oder gar gegen die UP gerichtete Kräfte zusammen.

Alle Versuche, die Einheitsbewegung, die sich vornehmlich im gewerkschaftlichen Bereich auf einer neuen Basis entsprechend den gewandelten Bedingungen in Chile gebildet hatte, zu spalten, sei es von Regimeseite her durch Gründung regimetreuer, profaschistischer Gewerkschaften (UNTRACH), aber auch durch massiven Einfluß amerikanischer Gewerkschaftskreise, die versuchten, rechte christdemokratische und sozialdemokratische Positionen zusammenzufassen, und die sich in der Abgrenzung zu kommunistischen Tendenzen einig waren, scheiterten letztlich. Angesichts der traditionellen Stärke der Kommunisten in Chile, die auch heute einen, wenn nicht sogar den wesentlichen Kern des Widerstandes bilden, mußten diese Versuche den Prozeß vor allem der wirksamen politischen Oppositionsbildung verzögern.

Hier hat auch die bundesrepublikanische Gewerkschaftsspitze, deren Einfluß im genannten Kontext nicht unbeachtlich ist, nicht genügend Gegenwirkung erzeugt. Das Auftreten des ehemaligen Gewerkschaftsvorsitzenden, des Kollegen Vetter, heute gibt aber zu der Hoffnung Anlaß, daß

Das Verhältnis BRD – Chile

Es dürfe zu keiner „Reaganisierung der bundesdeutschen Chilepolitik“ kommen, forderte der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, Uwe Holz (SPD), auf dem Münsteraner Chile-Kongreß Ende Juni d.J.

Zwar gilt nach wie vor der aus dem Putsch-Jahr 1973 stammende Beschluß der damaligen sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel, daß es mit dem Militärregime in Santiago keine offizielle entwicklungspolitische Zusammenarbeit geben dürfe. Doch in den Ohren der Konservativen klang das Säbelgerassel der chilenischen Generäle schon damals wie Musik: „Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang“, kommentierte der Bayernkurier am 22.9.1973 die auf den Putsch vom 11. September 1973 folgende Verfolgungswelle gegen die Anhänger der Regierung Salvador Allende.

F.J. Strauß, dessen willfähriger Adept Jürgen Warnke seit der Bonner Wende dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) vorsteht, machte aus seiner Sympathie für die von Pinochet errichtete „Ordnung“ ohnehin nie einen Hehl: „Ich habe keine Zweifel“, beschied Strauß dem Diktator anlässlich seines Chile-Besuches 1977, „daß Chile ein demokratisches und freies Land ist und vor allem, weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat: die Disziplin, den Respekt und die Hilfsbereitschaft.“

Die heimliche Liebe von Strauß, Genscher & Co

Aber auch die Liberalen ereiferten sich schon zu der Zeit, als sie noch mit der SPD koalitierten, des öfteren für das „marktwirtschaftliche Modell“, das in Chile seit 1973 Einzug gehalten hatte. Graf Lambsdorfs Staatssekretär Otto Schlecht konnte im November 1981 ohne anschließende Maßregelung seiner „Bewunderung“ für die wirtschaftlichen Fortschritte Chiles Ausdruck verleihen. Die Bundesregierung, so Schlecht damals, stehe der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern mit „Sympathie“ gegenüber. Und Außenminister H.D. Genscher soll laut einem – bis heute undementierten – Bericht der Santiagoer La Tercera vom 25.9.1981 seinem chilenischen Amtskollegen R. Rojas gegenüber geäußert haben, daß „er die Erfolge (Chiles) auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die bis heute erreicht worden sind, begrüße“. In puncto Wirtschaftsmodell beklagte Genscher damals: „Wenn wir doch in Deutschland das chilenische System hätten!“

Die Äußerungen der konservativ-liberalen Koalitionäre lassen es also durchaus als möglich erscheinen, daß gegenwärtig, im Zuge der Einordnung der staatlichen Entwicklungspolitik in die Reagan'sche Südamerikastrategie, eine Wiederaufnahme der Bonner Entwicklungshilfe für die chilenische „Mörderbande“ (Hans Matthöfer) vorbereitet wird. Zeitweilige Verhaftungen christdemokratischer Spitzenpolitiker, wie sie das Pinochet-Regime im Sommer 1983 vornahm und damit die bundesdeutschen Christdemokraten zum Protest herausforderte, dürften dabei allenfalls störend wirken.

Unterhalb der Schwelle staatlicher entwicklungspolitischer Zusammenarbeit war die Finanzhilfe Bonns auch unter sozialliberaler Ägide stets weitergegangen. Aus dem BMZ-Etat-Posten „Sonstige Leistungen“, für den noch 1980 27,3 Mio DM für Chile bewilligt worden waren, erhielt während dieser Zeit auch die CSU-nahe



F. J. Strauß mit Pinochet bei einer deutsch-chilenischen Ahnenfeier 1977

Hanns-Seidel-Stiftung für ihre Chile-Niederlassung kräftige Zuschüsse. Stiftungsgeschäftsführer Siegfried Lengl (heute: Staatssekretär im BMZ) kreierte Ende der 70er Jahre z.B. gemeinsam mit dem von der Junta geschaffenen Institut für Gewerkschaftliche Studien ein Projekt, das die aus den Gewerkschaftswahlen vom 31.10.1978 hervorgegangenen juntatreuen Funktionäre ausbilden sollte, im Geiste „freier und unabhängiger Gewerkschaften“ – versteht sich.

Bestimmend für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Chile seit 1973 blieb indessen eine fast ungebrochene Kontinuität auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die staatliche Flankierung dieses „freien Austausches von Waren, Kapital und Dienstleistungen“ durch die Übernahme staatlicher Risikobürgschaften (Hermes) für Exportgeschäfte, den Beistand Bonns bei zahlreichen Umschuldungsverhandlungen Chiles usw. blieb – mit einigen vorübergehenden Einschränkungen – fast völlig intakt.

Die Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank weist aus, daß sich die Investitionsbestände bundesdeutscher Konzerne in Chile zwischen 1976 und 1981 von 60 auf 132 Mio DM erhöht, mithin mehr als verdoppelt haben. Dabei sind diese Zahlen immer noch untertrieben. Das Wirtschaftsmagazin Capital vom Januar 1982 bezifferte allein den Wert der seit 1974 in Chile vorgenommenen bundesdeutschen Neuinvestitionen auf 73 Mio Dollar. Entsprechend zu niedrig angesetzt dürfte deshalb auch die statistisch ausgewiesene Zahl von 32 bundesdeutschen Unternehmensniederlassungen im Jahr 1981 in Chile sein. Immerhin sind demnach seit 1976 13 neue Unternehmen mit bundesdeutschem Kapital gegründet worden. Die Investorliste aus der Bundesrepublik wird angeführt von Konzernen wie Preussag, BASF, Hoechst, Bayer und Olympia-Werke.

Stärker noch als die Direktinvestitionen florierte in den letzten 10 Jahren der Handel zwischen der Bundesrepublik und Chile. Die Bundesrepublik ist nach wie vor der zweitwichtigste Handelspartner Chiles nach den USA. Im Jahre 1981 importierte sie Produkte im Wert von 379 Mio Dollar aus Chile, während die Ausfuhr nach Chile 350 Mio Dollar ausmachte. Über mehrere Jahre war die Bundesrepublik für die chilenische Wirtschaft, besonders für die Kupferwirtschaft, sogar der größte Absatzmarkt im Ausland.

Der „freie Austausch von Waren“ mit der Diktatur in Santiago betrifft schließlich auch den Handel mit todbringendem Kriegsgüter. Dabei geht es nicht nur um die geplante Auslieferung zweier U-Boote des Typs 209/3, die A. Pinochet schon 1980 bei den Howaldtwerken-Deutsche Werft in Kiel bestellte. Aus der Liste der Geschäfte auf diesem Sektor ragen heraus:

- die Lieferung von 4.000 Gewehren des Typs HK 33 (5,56 mm) durch die Firma Heckler und Koch über ihre Lizenzfirma in Thailand im Jahre 1975;
- die Lieferung von 1.900 Panzerabwehrraketen vom Typ „Mamba“ durch den Rüstungskonzern Messerschmidt-Bölkow-Blohm (40% Bundesbesitz) über Italien und Argentinien im Jahre 1977; und
- die Lieferung von sechs Kampfhubschraubern des Typs BO 105 durch Messerschmidt-Bölkow-Blohm über die Schweiz im Jahre 1976.



U-Boot-Besetzung auf der Howaldt-Werft in Kiel im September 1982

nicht nur die bisher schon beachtenswerte praktische Solidaritätshilfe fortgesetzt und erhöht wird, sondern daß – ausgehend von den realen Kräfteverhältnissen in der Widerstandsbewegung Chiles – der politische Formungsprozeß der Opposition wirksam unterstützt wird.

Es ist einfach die Dialektik der Prozesse, die man sehen muß, wenn man sich ein wirklichkeitsnahes Bild von der Situation in Chile machen will. Schon die heftige Reaktion der Pinochet-Regierung auf die Propagierung des Pliego Nacional gegenüber der CNS (Verhaftung, Ausweisung, Einleitung von Prozessen, Verleumdungskampagnen usw.)³ hat nur deren Massenwirksamkeit erhöht. Neue ähnliche Forderungskataloge entstanden, und neue Organisationsformen auf noch breiterer Basis wurden entwickelt, wie z.B. das aktuelle Nationale Kommando der Arbeiter (CNT).

Eine breite Solidarisierungswelle in allen oppositionellen Kreisen entstand für die CNS, war die Voraussetzung für die gegenwärtig noch breitere Solidarisierungswelle mit den verhafteten aktiven Gewerkschaftern. Natürlich nahmen auch die Abgrenzungs- und Ausgrenzungsversuche zu. Aber es ist schwer, die inhaltlichen Forderungen des Pliego Nacional, insbesondere seine Stoßrichtung auf Wiederherstellung der Demokratie, zu übernehmen und zu propagieren und gleichzeitig Kommunisten und Mitglieder der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) aus dem demokratischen Spektrum auszuschließen.

Schon 1980/81 (während meines Aufenthaltes in Santiago) wurde die Tätigkeit der CNS von Regierungsseite her als Provokation empfunden. Seither hat sie die Repression erhöht.

Eine scheinlegale Basis für die Unterdrückungsmaßnahmen stellt die am 11. März 1981 in Kraft getretene Verfassung dar. In ihr werden unter Mißachtung grundlegender Menschenrechte weitreichende Beschränkungen und Strafmaßnahmen festgelegt. Sie zementiert die Machtkonzentration in den Händen der Streitkräfte und der Junta-Regierung zuungunsten der Justizgewalt. Innerhalb der Junta gibt die Verfassung dem Präsidenten politische und administrative Macht. Selbst die formell von anderen Junta-Mitgliedern ausgeübte legislative Gewalt befindet sich jetzt in den Händen Pinochets, der sich zu einem wahren Despoten entwickelt hat.

Bleibende bundesdeutsche Verantwortung

Die Gerichte sind auch weiterhin nicht in der Lage, Schutz gegen Übergriffe wie Mord und Folter zu bieten. Die Militärgerichte – und nicht die Zivilgerichte – haben nach wie vor weitgehende Machtbefugnisse.

Alle humanitären Organisationen sind sich einig, daß die Lage der Menschenrechte 1982 und 1983 schlechter geworden ist. Nach der Statistik des Solidaritätsvikariats wurden 1982 1.213 Personen gegenüber 1981 909 Personen wegen politischer Motive verhaftet. Die UNO-Menschenrechtskonvention und auch die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta kommen zu noch höheren Zahlen.

Was bleibt uns zu tun in der Solidaritätsbewegung der Bundesrepublik?

Wir können uns kaum der Verantwortung entziehen, denn nach wie vor bestehen die traditionell als gut bezeichneten deutsch-chilenischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen fort. Schon bei der Destabilisierung der Regierung Allende wirkten bundesrepublikanische Institutionen mit, und dies waren nicht nur solche Institutionen wie die Hans-Seidel-Stiftung (CSU-nah; d. Red.). Die sozialliberale Koalition – man kann diese geschichtliche Wahrheit nicht übergehen – tat wenig zur ökonomischen Stabilisierung der Regierung

Allende, wenigstens bei weitem nicht das, was sie später für das Pinochet-Regime tat (Beispiele: Umschuldung, Waffenexport usw.).

Nach den USA ist die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner Chiles. Allein das Handelsvolumen von 729 Mio DM und der hohe Hermes-Absicherungsrahmen von 2,5 Mrd DM sprechen eine deutliche Sprache.

Relevante politische Gruppierungen, repräsentiert durch Personen wie Strauß und Dregger, stützen nicht nur verbal das Pinochet-Regime. Beträchtliche materielle Mittel, andere Unterstützungsarten wie Ausbildungshilfe für regimetreue Lehrer und Gewerkschafter werden durch die den Parteien nahestehenden Stiftungen gewährt.

War also schon die sozialliberale Koalition zögerlich, teilweise offen abstützend, bestenfalls hinter den Kulissen humanitär tätig in einzelnen Fällen, wird man jetzt kaum von einer qualitativen Wende sprechen können, jedoch von einer Verschärfung und konsequenten Durchführung des Kurses, wie er im Strauß-Papier (veröffentlicht Ende März d.J.; d. Red.) und in der Regierungserklärung (Bundeskanzler H. Kohls vom 4.5.1983; d. Red.) angekündigt ist.

Eine unserer wichtigsten Aufgaben bleibt nach wie vor die Information und Aufklärung über diese Machenschaften bis hin zu den konkreten Forderungen, keine U-Boote an Chile zu liefern.

Wir treten zwar für einen Handel ohne politische Bedingungen ein, aber dies kann kein Handel auf dem Rücken der Menschen sein. Ökonomische Beziehungen, die Repression zur Voraussetzung haben und diese zur Absicherung brauchen, können von uns nicht geduldet werden, ganz sicher dann nicht, wenn es sich um massenhafte und systematische, völkerrechtlich einwandfrei sowohl formal wie materiellrechtlich festgestellte Unterdrückungspraktiken handelt wie im Falle Chile.

Jede Regierung wird zur Komplizin, die solche wirtschaftlichen Beziehungen politisch und diplomatisch fördert. Sie ist nach dem Völkerrecht verantwortlich, ebenso wie jeder einzelne Staatsmann persönlich, seitdem es die Nürnberger Prinzipien⁴ gibt.

Unsere Forderungen auch an die neue Bundesregierung bestehen nach wie vor fort:

- Klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen in Chile in allen UNO-Gremien;
- Stopp der Waffenlieferungen, insbesondere der U-Boote, ebenso wie der Hilfe zur Militärausbildung;
- Ökonomischer Boykott, zumindest Einstellung staatlicher Hilfe für den Export militärischer oder zur Repression verwendbarer Güter;
- Verwirklichung des Asylrechts entsprechend dem Art. 16 Absatz 2 des Grundgesetzes.

In diesen Forderungen nicht nachzulassen, scheint mir der wirksamste Beitrag von unserer Seite zum Widerstand des chilenischen Volkes zu sein. .

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Siehe den Erfahrungsbericht der dritten Chile-Reise von G. Stuby/R. Feicht in: AIB 1/1982, S. 10-13
- 2) Zum Konzept der „Chicago-Boys“, seiner Anwendung in Chile und den Folgeerscheinungen siehe die Aufsätze von R.E. Cole und H. Fazio in: G. Stuby/E. Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen gegen die Verbrechen der Militärjunta in Chile, Köln 1977, S. 148 ff und AIB 9/1981, S. 10-13
- 3) Im Sommer 1981 waren 10 CNS-Führungsmitglieder verhaftet, der CNS-Vorsitzende Manuel Bustos und CNS-Generalsekretär Alamiro Guzman bis 1982 hinter Gitter gehalten worden. Im Dezember 1982 verwies das Regime M. Bustos und den CNS-Führer Hector Cuevas, Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft, des Landes.
- 4) Prinzipien, die in Anklage und Urteil des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher des Hitler-Regimes nach dem 2. Weltkrieg formuliert wurden. Im Detail siehe in: G. Stuby/E. Wulff (Hrsg.), Nürnberger Verhandlungen..., a.a.O., S. 18 ff.



Heinz O. Vetter mit Hortensia Bussi de Allende auf dem Podium des Münsteraner Kongresses

Heinz Oskar Vetter

Das Lehrstück Chile

Heinz Oskar Vetter, langjähriger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zählte auf dem Münsteraner Kongreß „Für Chiles Freiheit“ zu den prominentesten Rednern. Aus seinem Eröffnungsreferat bringen wir Auszüge.

Es gibt in diesem unserem Land Politiker, die nicht nur klammheimlich Freude verspürten, als die Faschisten in Chile mit der Ermordung Salvador Allendes die Ergebnisse demokratischer Wahlen in ihr Gegenteil verkehrten.

Diese Politiker posierten zusammen mit dem Exponenten der reaktionären Militärs auf Gruppenfotos. Sie machten aus den Masseninternierungen im Stadion von Santiago einen unbeschwerten Freizeitaufenthalt. Und die liberale Wirtschaftspresse der Bundesrepublik Deutschland erklärte Chile zum Wirtschaftswunderland Lateinamerikas. Zum Modell Deutschland sozusagen.

Die Regierung Allende – eine Wegmarke

Was ich mit all dem sagen will, ist dies: Die Ereignisse in Chile vor zehn Jahren und die Entwicklung in diesem lateinamerikanischen Land markiert auch eine innere Demarkationslinie bei uns. Chile hat uns immer nahegelegen.

Die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes ist keine unbedeutende Fußnote der lateinamerikanischen Geschichte. Sie ist eine unauslöschbare Wegmarke der Kämpfe der lateinamerikanischen Völker um Unabhängigkeit und Emanzipation. Und eben weil die Politik Allendes der Ver-

such war, den Teufelskreis der Abhängigkeit nach außen und der Einmischung nach innen zu durchbrechen, einen eigenen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung zu gehen – deshalb wurde vor zehn Jahren die chilenische Demokratie umgebracht und deshalb mußte Salvador Allende sterben.

Und heute erleben wir, daß dieser Kampf (der Widerstand des chilenischen Volkes im Lande und im Exil) seine Früchte trägt. Das Regime kommt in Bedrängnis. Es sieht sich einer breiten populären Opposition gegenüber, die stärker sein wird als die Militanz des Regimes und die Stärke der ausländischen Bündnispartner dieser Junta, die sich Regierung nennt.

Das Lehrstück Chile heißt: Niemand kann auf Dauer gegen ein ganzes Volk Gewalt ausüben.

Es gab eine Zeit, liebe Freunde, in der diejenigen jubelten, die nichts sehnlicher herbeiwünschten als ein anderes Lehrstück: Das Lehrstück davon, wie man ein Volk befrieden kann, wenn wirtschaftlicher Aufschwung und Wohlstand bei gleichzeitiger Unterdrückung und bei Abschaffung aller demokratischen Rechte durchgesetzt werden könnten. Ich habe nicht vergessen, wie eine gewisse Sorte Presse in Westeuropa die trügerischen Anfangserfolge des Pinochet-Regimes als Beweis für die Richtigkeit dieses Lehrstücks feierte.

Was geschah in Chile in Wirklichkeit? Die führenden Theoretiker des Monetarismus mißbrauchten die chilenische Wirtschaft als Laboratorium. Sie wollten beweisen, daß sie Recht hatten. Sie wollten in Chile beweisen, daß man mit wirtschaftlichem Aufschwung einem Volk die demokratische Seele abkaufen kann. Und sie wollten beweisen, daß

der Weg des Monetarismus – vor allem dann, wenn man ihn ungehindert von Demokratien und freien Gewerkschaften durchführen kann – der Weg aus der Krise ist.

Das Ergebnis kennen wir: Wenn irgendwo in der Welt ein Beweis erbracht werden muß darüber, welche verheerenden Folgen die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Monetaristen hat, dann ist er in Chile erbracht worden. Der hemmungslose Liberalismus in der Wirtschaft bei hemmungsloser Unterdrückung im Innern führte zu riesigen Inflationsraten, zu Massenarbeitslosigkeit und zu Massenelend. Und selbst die Schichten der Bevölkerung, die zunächst von dieser Politik profitierten, gehören heute zu ihren Opfern: Das chilenische Bürgertum, der chilenische Mittelstand haben erfahren müssen, daß auch sie keine Vorteile auf Dauer von einer solchen Politik zu erwarten haben.

Gewerkschaften – Kopf des Widerstandes

Die anderen, die Arbeiter, die Arbeitslosen, die Armen, die, die in Selbsthilfe Volksspeisungen organisierten, um die bitterste und unmittelbarste Not zu lindern – die wußten es schon vorher. Man kann ein Land wie Chile nicht ungestraft einer Roßkur aussetzen, die selbst hochentwickelte Industrieländer nicht aushalten.

Was sich in diesen Tagen in Chile, in Santiago, in den Kupferbergwerken, in den Vierteln der Armen, in den Kirchen, in den demokratischen Parteien und vor allem in den Gewerkschaften abspielt – das gibt Chile und der Welt neue Hoffnung. Der gewerkschaftliche Kampf – das zeigt sich in Chile und anderswo in der Welt – unter autoritären Regimes ist nicht nur ein Kampf für ein besseres materielles Leben. Der gewerkschaftliche Kampf unter den Bedingungen der Diktatur ist auch ein Kampf für die Wiedergewinnung der Freiheit und der demokratischen Grundrechte. Der Generalstreik in Chile ist auch ein politischer Kampf.

Heute wissen wir noch nicht, ob dieser Kampf das Pinochet-Regime beiseite fegen wird. Es ist zu fürchten, daß das Regime alle Mittel der Gewalt, des staatlich organisierten Terrors einsetzen wird, um die Herrschaft über das Volk zu erhalten. In Chile findet nicht ein Aufstand des Volkes gegen die Regierung statt. In Chile putscht das Militär gegen das Volk. Der Terror findet nicht von unten nach oben statt – er verläuft genau umgekehrt.

Die Führung der chilenischen Gewerkschaften, die Sprecher des Nationalen Kommandos der Arbeiter, zeichnen sich durch Klugheit und Besonnenheit aus. Sie wollen mit den Mitteln des gewaltlosen Widerstand, mit den klassischen Mitteln der Gewerkschaften, mit dem Mittel des Generalstreiks eine Wende zum Besseren herbeiführen. Ich weiß, liebe Freunde, daß ich in Eurem Namen spreche, wenn ich sage: Wir alle wünschen dem chilenischen Volk, den chilenischen Arbeitern, den kämpfenden Demokraten in diesem Land nichts sehnlicher, als daß dieser Weg des gewaltlosen Widerstands zum Erfolg führen möge.

Das Regime reagiert wie alle Terrorregime in dieser Welt: Mit Verhaftungen von Gewerkschaftern, mit Internierung von Oppositionellen, mit Unterdrückung von Intellektuellen, mit Ausweisungen, mit Folter und mit Prügel. Rodolfo Seguel, einer der Führer des Nationalen Kommandos der Arbeiter ist verhaftet worden. Hunderte von Gewerkschaftern sind interniert. Tausende von Arbeitern sind entlassen worden.

Das Regime regiert in Chile wie eine Besatzungsarmee in einem fremden Land. Aber es soll sich nicht täuschen: Wer glaubt, er könne einer so breiten und vielgestalteten Bewegung wie dem chilenischen Widerstand dadurch den Garaus machen, daß er ihm den Kopf abschlägt, der täuscht sich.

Eine Bewegung, die in zehn Jahren nicht aufgegeben hat, die sich neu konstituiert hat und die heute die übergroße Mehrheit des chilenischen Volkes hinter sich weiß, eine solche Bewegung läßt sich nicht einfach umbringen.

Der größte Teil der Kirche Chiles steht an der Seite des Volkes. Der Diktator und die ihm herzlich verbundene Oligarchie stehen vor dem Bankrott – wenn nicht morgen, dann übermorgen.

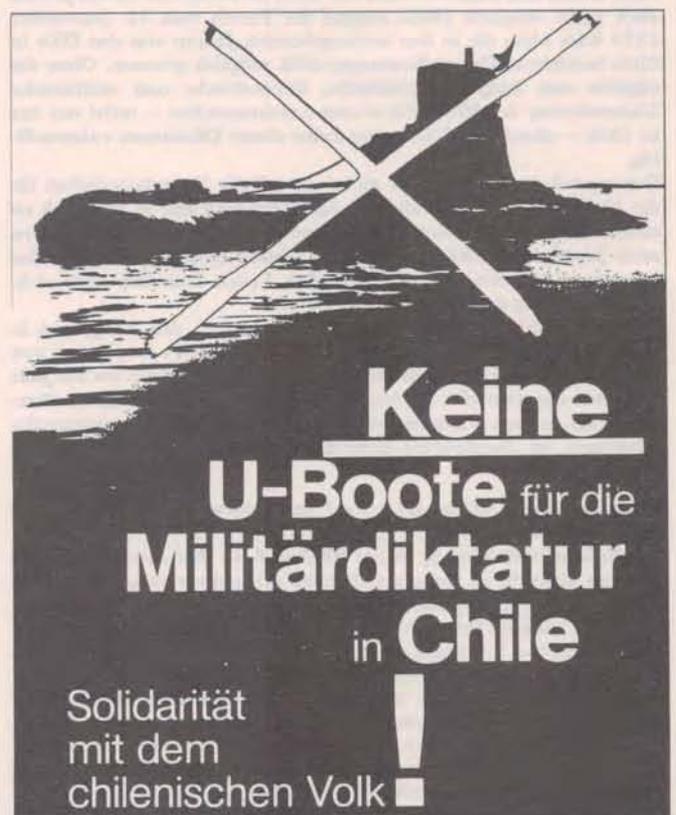
Die Chilenen wollen nicht, daß an die Stelle der totalen Repression ein anderes, halb autoritäres Regime tritt. Sie wollen Demokratie. Aber keine gelenkte Demokratie nach türkischem oder argentinischem Muster.

Ich richte dies an die Adresse derer, denen ich zutraue, daß sie einen Rückzug auf Raten für den taktisch klügsten Weg halten. Ein kleiner Hauch von Argentinien jedenfalls ist schon zu spüren, wenn man in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Kommentar liest, der mit dem Satz endet: „Ob das chilenische Militär angesichts der Unruhen den Präsidenten fallen lassen könnte, um einen flexibleren Mann an die Spitze des Staates zu stellen, bleibt abzuwarten.“

Die Tragik Chiles seit dem Putsch gegen die Regierung Salvador Allendes ist, daß dieses Land im Einflußbereich einer Weltmacht liegt, der es offensichtlich nicht, wie sie immer behauptet, auf die Unterstützung der Demokratie in der Welt ankommt, sondern auf die Festigung ihrer Einflüsse in der Welt. Die Militärpolitik der Vereinigten Staaten, die Politik der wirtschaftlichen Daumenschrauben in Lateinamerika beweist dies.

Ich weiß aber auch, daß es in den USA, im Senat und im Repräsentantenhaus Frauen und Männer gibt, die dieser verhängnisvollen Politik ein Ende machen wollen. Sie müssen jetzt handeln. Die chilenischen Demokraten brauchen ihre Unterstützung.

Das Regime steht vor seinem Ende. Wenn nicht heute, dann morgen. Dieser zehnte Jahrestag des Putsches der Militärs und der Oligarchie gegen ein ganzes Volk gibt uns allen Hoffnung. Das chilenische Volk, alle Demokraten in diesem Land und im Exil haben Anspruch auf unsere Solidarität. Auf Solidarität mit Worten und mit Taten. Chile lebt. Es lebe das freie und demokratische Chile.



Abschlußerklärung des Münsteraner Chile-Kongresses

Zehn Jahre Militärdiktatur in Chile. Zehnter Jahrestag des Putsches gegen die Demokratie und des Todes von Salvador Allende. Die Bewegung der internationalen Solidarität mit Chile in der BRD ist anlässlich dieses Datums zu einem „Kongreß gegen Militärdiktatur und Imperialismus in Chile und Lateinamerika“ zusammengelassen.

Grund unseres Treffens ist Erinnerung

Erinnerung an die Zeit der Regierung der Volkseinheit und ihres Präsidenten Salvador Allende in den Jahren 1970-73. Die Zeit, in der das chilenische Volk daran ging, seine wirkliche Unabhängigkeit von den Zentren des Imperialismus zu erkämpfen, daran ging, endlich ein Leben „frei von Furcht und Not“ zu führen. Die Zeit, in der dieses Volk allen Völkern der sog. „Dritten Welt“ die Perspektive eines historischen neuen Weges zur Errichtung einer menschlichen, gerechten, demokratischen und freien, einer sozialistischen Gesellschaft aufzeigte.

Grund unseres Treffens ist Trauer

Wir trauern um den Genossen Salvador Allende, den bis heute letzten demokratisch legitimierten Präsidenten der Republik Chile. Wir trauern um tausende Opfer des Putsches, um unzählige verschwundene politische Gefangene, um die Opfer staatlichen Terrors der vergangenen 10 Jahre, um die vielen chilenischen Demokraten, die im Exil sterben mußten. Wir trauern um den ermordeten Sänger des ganzen Amerika, „unseres Amerika“, Victor Jara.

Grund unseres Treffens ist Anklage

Die chilenischen Verantwortlichen für den Putsch und für die Opfer der Diktatur sind bekannt. Allen voran der Hochverräter Pinochet, der noch im August 1973 als Oberbefehlshaber der Streitkräfte den Treueid auf das demokratische Chile schwor. Die führenden Repräsentanten der chilenischen Streitkräfte, der Sicherheitsdienst und der nationalen Großbourgeoisie sind die Verantwortlichen für Leid und Elend des chilenischen Volkes.

Zur Aufrechterhaltung der Diktatur mußte und muß das Regime der Menschenrechte mit voller Absicht systematisch verletzen. Die Form der Menschenrechtsverletzungen in Chile haben sich im Verlauf der Jahre verändert – nicht jedoch ihre terroristische Substanz. Der Preis der von der Diktatur im Bündnis mit dem Finanzkapital durchgesetzten liberal-kapitalistischen Wirtschaftspolitik bestand – auch schon lange vor der heutigen Wirtschaftskrise – für das Volk nur in Elend und Hunger in einer für Chile historisch unbekannt Dimension. Trauer und Repression, der Krieg gegen das eigene Volk, sind für das Überleben der Diktatur notwendig. Ohne die Unterstützung der Diktatur durch den Imperialismus der USA ist dieses Überleben jedoch auch nicht möglich. Nicht einmal der Putsch vom 11. September 1973 wäre ohne die in den vorhergehenden Jahren von den USA in Chile betriebene Destabilisierungspolitik möglich gewesen. Ohne die tägliche und langjährig politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Militärdiktaturen Lateinamerikas – nicht nur der in Chile – durch die USA, wäre keine dieser Diktaturen existenzfähig.

Desungeachtet ist es jedoch nicht so, daß die Verantwortlichen für die Unterdrückung in Chile und Lateinamerika nur in den USA zu suchen sind. Transnationale Konzerne nicht nur der USA, sondern auch Japans, der BRD und anderer Länder nutzen gemeinsam das „günstige Investitionsklima“ in großen Teilen Lateinamerikas, d.h. die Ausbeutung der dort lebenden Völker.

Zu viele Politiker unseres Landes schweigen zu den Vorgängen in Chile wie auch in Zentralamerika. Viele legitimierten den Putsch von 1973 und stützen den andauernden Terror der Diktatur. Im 50. Jahr nachdem die deutsche Rechte die politische Macht an Hitler übergeben hat, weisen wir daraufhin, daß die, die heute zu Lateinamerika schweigen, im Zweifelsfalle nicht das Grundgesetz unserer Republik achten werden.

Grund unseres Treffens ist Aufruf zur Solidarität mit den Völkern Zentralamerikas (...)

Die Solidaritätsbewegung in der BRD muß die Revolution in Nicaragua mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen. Sie muß dies tun nicht nur im Interesse des nikaraguanischen Volkes, sondern mittelbar auch im Interesse der Völker El Salvadors und Guatemalas. Die chilenische Erfahrung lehrt, daß Niederlagen der revolutionären Bewegung ihren langfristigen Preis haben. Die Unterstützung der Revolution in Nicaragua ist in der Solidaritätsbewegung der BRD nicht unumstritten. Ungeachtet legitimer und notwendiger Diskussionen über Entwicklungen in Nicaragua bleibt festzuhalten, daß das Überleben der Revolution in Nicaragua elementare Voraussetzung der Befreiung Zentralamerikas ist. Gleiches gilt bei allen Unterschieden auch für Kuba.

Grund unseres Treffens ist Hoffnung

Die Diktatur zerstörte das demokratische Chile. Sie konnte jedoch nicht in den vergangenen 10 Jahren das demokratische Bewußtsein und den Widerstand des chilenischen Volkes zerstören. Terror und Angst vermochten allenfalls einzuschüchtern. Über lange Jahre sollte das Wort des im September 1973 gestorbenen Pablo Neruda seine bittere Berechtigung behalten: „Chile – ein stilles Vietnam“.

Heute, fast 10 Jahre später ist diese Stille durchbrochen. Die erfolgreich durchgeführten nationalen Ausstände und Protestaktionen am 11. Mai und am 14. Juni 1983, der am 23. Juni begonnene unbefristete Generalstreik bedeuten eine grundsätzlich neue Qualität im Kampf um die Wiederherstellung der Demokratie: die Diktatur ist in der Defensive; sie klammert sich an die ihr verbliebene militärische Macht. Das Volk hingegen hat seine Angst überwunden, kämpft wieder auf der Straße.

Diese Entwicklung hat eine langjährige Geschichte und ist nicht nur mit Verweis auf die katastrophale Wirtschaftslage zu erklären. Ebenso wenig kann in dem Wechsel großer Teile des Bürgertums in das Lager der Opposition die alleinige Ursache gesehen werden. Im Blick auf die verbotenen Parteien, auf Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kulturgruppen, Organisationen der Obdachlosen, Menschenrechtsgruppen etc. hat ein zehnjähriger Kampf zur „Rückeroberung Chiles“ (J. Cortázar) stattgefunden, in dem die Bedingungen für die heutigen Kampfformen erst schrittweise geschaffen wurden.

Grund unseres Treffens ist Verpflichtung

Keine demokratisch legitimierte Regierung dieser Welt könnte sich angesichts der vollständigen politischen und ökonomischen Zerrüttung eines ganzen Landes, so wie sie heute in Chile zu Tage liegt, auch nur eine Woche lang im Amt halten. Daß Pinochets Macht bis heute besteht, hat drei entscheidende Gründe:

1. Noch verfügt die Diktatur über die breite Unterstützung der Streitkräfte.
2. Die Diktatur verfügt über eine starke Unterstützung der USA.
3. Der Einigungsprozeß der demokratischen Opposition hat trotz aller sichtbaren Fortschritte noch nicht zur Herausbildung einer überzeugenden politischen Alternative geführt.

Auch noch nach 10 Jahren besteht die dringende Notwendigkeit der internationalen Solidarität mit Chile.

Die Teilnehmer des Kongresses „Für Chiles Freiheit!“ grüßen das um seine Freiheit und Demokratie kämpfende chilenische Volk und erklären ihre uneingeschränkte Solidarität. Unsere besondere Solidarität gilt dem „Nationalen Kommando der Arbeiter“, in dem wir den fortgeschrittensten Ausdruck des Einigungsprozesses innerhalb der Opposition erkennen.

Von der chilenischen Regierung fordern wir:

- die sofortige Freilassung von Rodolfo Seguel!
- die sofortige Freilassung aller am 14. Juni und später Verhafteten!
- Freilassung aller politischen Gefangenen!
- Wiedereinstellung der aus politischen Gründen entlassenen Kupferarbeiter!
- Aufhebung aller Verbannungen und Ausweisungen!
- Bedingungslose Rückkehrmöglichkeit aller Exilierten!
- Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen!

Die Bundesregierung fordern wir auf:

- sich in ihrer Politik gegenüber Chile die vorgenannten Positionen zu eigen zu machen und diese auch in internationalen Gremien, vor allem auf der Ebene der Vereinten Nationen deutlich zu machen;
 - jegliche politische, ökonomische und militärische Unterstützung der Diktatur zu unterlassen, d.h. vor allem die vorgesehene Lieferung von zwei U-Booten an Chile zu unterbinden;
 - das im Grundgesetz verankerte Asylrecht, welches zahllosen Chile- nern seit 10 Jahren lebenswichtig war und ist, zu wahren.
- Den Deutschen Gewerkschaftsbund sowie alle Einzelgewerkschaften rufen wir auf, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Unterstützung der chilenischen Arbeiterbewegung und insbesondere des „Nationalen Kommandos der Arbeiter“ verstärkt einzusetzen. Die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik rufen wir auf, die Solidarität mit Chile politisch und materiell erneut zu beleben und zu verstärken.

Als Träger der Chile-Solidaritätsbewegung in der BRD erklären die Teilnehmer des Kongresses ihren Willen, die auf diesem Kongreß verwirklichte Zusammenarbeit der unterschiedlichsten Solidaritätsgruppen auch in Zukunft fortzusetzen.

FÜR CHILES FREIHEIT!

FÜR DIE FREIHEIT DER VÖLKER LATEINAMERIKAS!

Münster, 26. Juni 1983

Internationales Ferienlager Salvador Allende

Die Koordination der Chilenischen Linken in der Bundesrepublik und der Arbeitskreis Chile-Solidarität Kiel führte in der Zeit vom 22.-31. Juli 1983 in Noer bei Kiel das Internationale Sommerlager Salvador Allende durch. Daran nahmen etwa 200 Menschen teil, die Hälfte von ihnen Exil-Chilenen aus der BRD und Westberlin.

Kiel war als Veranstaltungsort gewählt worden, weil sich diese Stadt in den letzten Jahren zu einem Tummelplatz hunderter Militärs aus Lateinamerika und der zugehörigen Geheimdienste entwickelt hat. Hier werden auf der Howaldtswerft (HDW) Kriegsschiffe, vor allem U-Boote, für Diktaturen in aller Welt hergestellt. Seit 3 Jahren werden zwei U-Boote für das faschistische chilenische Militärregime gebaut und die chilenische Marine unterhält ein Büro in Kiel. Außer den Chilenen werden zur Zeit Militärs aus Kolumbien, Peru und Ecuador ausgebildet.

Die Schaffung von Kapazitäten in der Kriegsproduktion hat bei der HDW „Sachzwänge“ geschaffen: Nur durch immer neue Rüstungsaufträge können angeblich die Arbeitsplätze gesichert werden. Gleichzeitig gibt es im zivilen Schiffbau Massenentlassungen. Das Vorstandskonzept des bundeseigenen Konzerns sieht die Entlassung von 4.000 Beschäftigten vor, die restlichen 3.000 Arbeiter und Angestellten sollen dann ausschließlich profitable Kriegsschiffe bauen.

Der Zusammenhang zwischen der Unterstützung faschistischer Regimes, verstärkter Kriegsproduktion und der dadurch verursachten Vernichtung von Arbeitsplätzen liegt in Kiel auf der Hand.

Mit dem Internationalen Sommerlager sollte versucht werden, gemeinsame Aktionen von Solidaritäts- und Friedensbewegung an dem konkreten Projekt „Keine U-Boote für Chile“ durchzuführen.

10 Tage lang haben 200 Deutsche und Chilenen sehr eng miteinander gelernt, zusammen gebadet, gegessen, getanzt und diskutiert. Die Form des Zeltlagers ermöglichte z.B. die Teilnahme von mehr als 50 Kindern mit ihren Eltern, d.h. es waren viele Leute in Kiel, die bei anderen Aktionen meistens zu Hause bleiben müssen. Die solidarischen Atmosphäre, die sich dabei trotz vieler organisatorischer Mängel und der sehr unterschiedlichen politischen Standpunkte entwickelte, ist aus unserer Sicht ein Erfolg des Lagers.

Kiel – Zentrum des Rüstungsexports

Auf dieser Basis war es dann möglich, zwei im wesentlichen gelungene Aktionstage durchzuführen. Für beide Tage hatten wir uns den rund um die HDW gelegenen Arbeiterstadtteil ausgesucht (bundesweit berücksichtigt durch den 10%-Stimmenanteil der Nazi-Liste „Ausländer-Stop“ bei den Kommunalwahlen).

Am Aktionstag „Gegen NATO-Raketen – für Abrüstung in Ost und West“ wurden den ganzen Tag über vor der Werft und im Stadtteil Flugblätter verteilt. Zum Abschluß des Tages führten wir dann vor dem Werfttor mit 150 Teilnehmern einen „Menschenteppich“ durch und informierten über die Folgen eines Atomkrieges für das Rüstungszentrum Kiel. Überraschend war für uns in den vorbereitenden Diskussionen im Lager, daß die Zusammenhänge zwischen Friedens- und Solidaritätsaktionen nicht von allen gesehen wurden.

Politischer Höhepunkt war dann der Aktionstag „Keine U-Boote für Chile – Gegen Kriegsproduktion und Massenentlassungen“. Begleitet von Flugblatt-Aktionen, Info-Ständen und Straßentheater, führten wir mit nahezu allen Lagerteilnehmern eine einstündige Blockade der Abteilung Kriegsschiffbau durch.

Trotz eines direkten Zusammentreffens mit Angehörigen der chilenischen Marine während der Blockade gelang es, die Aktion friedlich und so wie geplant zu beenden. Die Aktionsform der Blockade war von uns bewußt im Hinblick auf die Herbstaktionen der Friedensbewegung gewählt worden.

Wir haben den Verlauf insgesamt als Erfolg eingeschätzt. Das gilt vor allem für die Teilnehmer selbst; für fast alle war es eine neue Erfahrung. Da es an den meisten möglichen Blockadepunkten wenig direktes Publikum gibt, weil sie außerhalb von Städten oder Industriegebieten liegen, ist das politische Ergebnis überwiegend von der Haltung der Presse abhängig. Hier liegt die wesentliche Schwäche von Blockaden – wahrscheinlich wird es notwendig sein, für den Herbst intensiver über Aktionsformen nachzudenken, die dort durchführbar sind, wo wir viele Menschen erreichen.

In dieser Hinsicht waren z.B. die anschließende Chile-Demonstration in die Innenstadt und die Aktionen der Straßentheatergruppe wirksamer als die Blockade. Vom politischen Programm zu erwähnen sind noch die beiden Solidaritätsveranstaltungen: das Abschlußfestival mit Kinderfest in Kiel und das Meeting anläßlich des 30. Jahrestages des Sturms auf die Moncada-Kaserne in Kuba am 26. Juli.

Neben der aktuellen Situation in Chile stand vor allem die Solidarität



Blockadeaktion im Juli d. J. in Kiel

mit den Völkern Mittelamerikas im Vordergrund. Eine Spendensammlung für das Volk Nikaraguas brachte 300 DM.

Wir haben 6 Monate an der Vorbereitung gearbeitet. Unserer Meinung nach ist ein örtliches Komitee durch ein Projekt dieser Größe überfordert. Die zahlreichen Pannen in der Organisation zeigen, daß es notwendig wäre, mehr Leute und Gruppen an der Durchführung zu beteiligen.

Viele gute Ideen und Vorschläge blieben ungenutzt, weil die Sicherung von Verpflegung, Unterbringung und Finanzierung den größten Teil der Zeit beansprucht hat.

Trotzdem sind wir der Meinung, daß es sich insgesamt lohnt hat. Die Kombination von Erholung und Politik bietet Möglichkeiten, die wir nutzen sollten. Die Diskussion darüber, ob, wo und mit welchem Schwerpunkt das nächste Sommerlager der Solidaritätsbewegung stattfindet, sollte im Herbst beginnen – wir werden uns daran beteiligen.

Die Teilnehmer am Internationalen Sommerlager Salvador Allende haben die Frage schon beantwortet – 33 Leute haben sich als Helfer für das nächste Jahr angemeldet.

Detlef Jordan

Anklage wegen U-Boot-Besetzung erhoben Chile-U-Boote – ein befriedetes Besitztum?

„Am 4. September 1982 erstiegen 23 Personen, von der Seeseite her auf Segelyachten kommend, das zum Werk Süd der HDW gehörende U-Boot-Dock. Auf diesem wurden weithin sichtbare Spruchbänder mit den nachfolgenden Aufschriften entrollt:

- Keine U-Boote für Chile
- Rüstungsexport – Beihilfe zum Mord
- Arbeit schaffen ohne Waffen

(...) Das U-Boot-Dock stellt befriedetes Besitztum im Sinne von § 123 StGB dar.“

So steht es in 11 Anklageschriften gegen je 2 Teilnehmer an der symbolischen Besetzung. Im Werk Süd der Howaldtswerft (HDW) werden Waffen für terroristische Regimes in der ganzen Welt hergestellt, obwohl das Grundgesetz jede Handlung unter Strafe stellt, die das friedliche Zusammenleben der Völker gefährdet.

Wenn sich die Justiz um den angeblichen Hausfrieden von Waffenhändlern, nicht aber um deren kriminelle Geschäfte kümmert, ist es notwendig, alle Formen des Protestes dagegen zu nützen.

Wir fordern deshalb insbesondere die Friedensbewegung auf, in den Herbstaktionen den Kampf gegen die Raketenstationierung mit Aktionen gegen die Ausweitung des Rüstungsexports zu verbinden.

Wir bitten um Unterstützung bei den auf uns zukommenden Prozessen, nicht zuletzt um materielle Solidarität. Spenden-Konto: Chile-Solidarität/BfG-Kiel, Konto-Nr. 1055350300.

Arbeitskreis Chile Solidarität Kiel

Detlef Jordan, Schoolkamp 47, 23 Kiel 14; Tel.: 0431-712098

Aktionsmöglichkeiten und Materialtips

Seit dem blutigen Militärputsch am 11. September 1973 organisiert ein Netz von Chile-Komitees in bundesdeutschen Städten die Solidaritätsarbeit mit dem chilenischen Volk. Von Anfang an sah das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) für Afrika, Asien und Lateinamerika eine seiner Hauptaufgaben in der wirksamen Unterstützung und Koordination dieser Arbeit. Später entstand die Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (IICCS) und die hauptsächlich vor Ort arbeitende Kinderhilfe Chile. Um das Los der politischen Gefangenen in Chile kümmerte sich auch Amnesty International. Die Chile-Solidaritätsbewegung wirkt in Abstimmung mit der Koordination der chilenischen Linken in der Bundesrepublik.

Adressen:

- ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1
- Sonderkonto Prof. Wulff, Konto-Nr. 527055-602, Postscheckamt Frankfurt/M., Kennwort: Chile
- IICCS, c/o H. Werner, Elsa-Brandström-Str. 4, 6500 Mainz
- Koordination der chilenischen Linken in der Bundesrepublik, c/o Kulturlreis Pablo Neruda, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

U-Boot-Boycott

Seit zwei Jahren kämpft die Solidaritätsbewegung gegen die geplante Lieferung zweier U-Boote der Kieler Howaldtwerke-Deutsche Werft (HDW) nach Chile.

Einige dieser Aktivitäten sind dokumentiert in der Broschüre „2 Jahre U-Boot-Bau für Chiles Faschisten in Kiel“, die der Chile-Arbeitskreis, c/o Pumpe, Haßstr. 22, 2300 Kiel 1, erstellt hat. Plakate, Aufkleber, Protest-Postkarten, Informationsbroschüren und eine Materialliste zu dieser Kampagne können bezogen werden über:

Solidaritätsshop 3. Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

Helft den Verschwundenen!

Eine wichtige Arbeit zahlreicher Chile-Komitees besteht in der Durchführung von Nachforschungsaktionen nach Regimegegnern, die verschleppt worden sind. Zahlreiche Patenschaften mit solchen Verschwundenen wurden organisiert. Eine Broschüre „Donde estan? Wo sind sie?“ (68 S., 3 DM) doku-

mentiert die mustergültige Arbeit der Marburger Chile-Komitees auf diesem Gebiet. Bezugsadresse: W. Weber, Buchenweg 14, 3556 Weimar 4

Rückkehrrecht für Chilenen

Vermehrte Anstrengungen sollen in nächster Zeit unternommen werden, um die politischen und materiellen Voraussetzungen zu schaffen, damit für die Exil-Chilenen das Recht zur Rückkehr in ihr Land geschaffen wird. Ein bundesweites Komitee zur Sicherung des Rechts der Chilenen, in ihrer Heimat zu leben, befindet sich im Prozeß der Gründung.

Materialien

Der Solidaritätsshop 3. Welt hat zur Zeit sechs Chile-Plakate in seinem Sortiment, die teilweise mit Eindrucksmöglichkeiten, auch in größerer Auflage geliefert werden können (Preis zwischen 1 und 3 DM). Das neueste Plakat trägt die Aufschrift „Chile wird wieder Chile“.

Drei Aufkleber und drei Buttons mit unterschiedlichen Motiven und Schriftzügen können ebenfalls über den Solidaritätsshop bezogen werden. Darüber hinaus kann eine Dia-Serie ausgeliehen werden.

Soeben erschien auch eine Kurzbroschüre mit dem Titel „Chile – 10 Jahre nach dem Putsch“, die wichtige Grundinformationen vermittelt (Preis 1,50 DM). Vollständige Bestellliste anfordern bei: Solidaritätsshop 3. Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1

Ein grafischer Leckerbissen ist die Plakatmappe „Chile kämpft – Nicaragua lebt“, die beim Steidl Verlag, Düstere Straße 4, 3400 Göttingen, herausgekommen ist (Preis 48 DM). Die Mappe enthält mehrfarbige Nachdrucke von Plakaten aus Nicaragua (18 Stück) und Chile (21 Stück) in den Formaten DIN à 1 und 2; dazu 16 Textblätter mit Informationen und ein Serviceheft mit Erläuterungen für die Durchführung von Ausstellungen.

Über 20 Chile-Filme aus den Jahren zwischen 1971 und 1980 sind im Verleih der UNIDOC-Film GmbH zu haben. Eine vollständige Liste mit Inhaltsbeschreibungen kann bezogen werden bei: UNIDOC, Dantestr. 29, 8000 München 19. Zwei weitere Chile-Filme hat

der CON-Film-Verleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen, im Programm.

Die demokratische Musikkultur Chiles hat viel zur Verbreiterung der Solidaritätsbewegung beigetragen. Die meisten chilenischen Musikgruppen, darunter die weltberühmten Inti-Ilumani und Quilapayun, sind in der Bundesrepublik im Verlag Pläne (Braunschweiger Str. 20, 4600 Dortmund) verlegt worden. Neben Pläne ist auch die Agentur topas (Hedwig-Str. 32, 4300 Essen 1) bei der Vermittlung von Musikgruppen für Auftritte im Rahmen von Solidaritätskonzerten behilflich.

Buchhinweise

Rechtzeitig zum 10. Jahrestag des Putsches hat der Pahl-Rugenstein Verlag das großformatige Werk

Chile – Ein Schwarzbuch, Hrsg. v. H.W. Bartsch, M. Buschmann, G. Stuby, E. Wulff, Köln 1983, 230 S., 14 DM

in neuer Auflage herausgebracht. Das mit vielen Fotos ausgestattete Schwarzbuch behandelt die Regierungsphase der Unidad Popular Anfang der 70er Jahre und zeichnet die Geschichte des Militärputsches von 1973 nach. Einen anschaulichen Eindruck der jüngsten Ereignisse in Lateinamerika gibt der aus Fotos von Koen Wessing und einem Text von Eduardo Galeano bestehende Großformatband:

Von Chile bis Guatemala. Zehn Jahre Lateinamerika, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1983, 18,80 DM.

Das Buch behandelt Ursachen der Unterentwicklung, schildert Einkommensverteilung, Repression, Menschenrechtsverletzungen und geht auf das Problem der kulturellen Identität des Subkontinents ein, in dem die herrschende Kultur ein billiger Abklatsch US-amerikanischer und europäischer Konsumideologie ist.

Drei weitere Neuerscheinungen sind:

Romeo Rey, Zehn Jahre Grausamkeit oder die Erdrosselung Lateinamerikas, rororo-aktuell 5252, Reinbek bei Hamburg 1983, 311 S., 10,80 DM;

Wilfried Huismann, Dieser Augenblick rückt näher. Reportagen aus Chile, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1983, 190 S., 14,80 DM;

Ruth Sborowitz, Zwei Abschiede, eine Hoffnung, Verlag Frauenoffensive, München 1983, 152 S., 19,50 DM.

Romeo Rey, Lateinamerika-Korrespondent der Frankfurter Rundschau und des Tages-Anzeiger (Zürich) hat Reportagen, Essays und Analysen der letzten 10 Jahre neu zusammengestellt. Es entsteht so – ausgehend von dem chilenischen Militärputsch – ein lebendiges Bild der Gesamtentwicklung auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

Wilfried Huismanns Reportagenbuch beschränkt sich demgegenüber auf die aktuelle Lage in Chile. Sein Hauptaugenmerk gilt der Situation und den Perspektiven des Widerstands. Der Autor lebte mehrere Monate lang mit dem Volk in den Elendsquartieren, sprach mit Oppositionsführern und Stadtguerilleros und war bei dem großen Streik der Kohlearbeiter in Lota dabei. Herausgekommen ist dabei ein Buch, das teilweise auf Widerspruch stoßen dürfte, „weil es sorgsam gepflegte Vorstellungen in Frage stellen könnte“.



äußerst knapper Zeitraum, der den Parteien kaum die Möglichkeit läßt, die Auflage zu erfüllen. Aber dies ist nur von zweitrangiger Bedeutung.

Die Junta-Generäle lassen ohnehin keinen Zweifel aufkommen, wer im zu wählenden Parlament das Sagen haben wird. Bis zum 8. Juli 1983 haben die Militärs lediglich drei Parteien zugelassen: die Nationalistische Demokratie-Partei (MDP) des pensionierten Generals Turgut Sunalp, die Vaterlandspartei (Anap) des einstigen Weltbankdirektors Turgut Özal und die Volkspartei (HP) des ehemaligen Provinzgouverneurs Necdet Calp.

Sowohl die MDP als auch die HP sind nichts weiter als „Muvazaa Partisi“, d.h. Parteien, die nur zum Schein eigenständig auftreten, in Wahrheit aber Strohmannorganisationen der regierenden Junta sind. Die MDP ist als Regierungspartei vorgesehen, während der HP die Rolle der Opposition zufällt.

Damit die Rechnung General Evrens aufgeht, müssen Parteien, die trotz aller Repressalien bei der Bevölkerung Aussicht auf Erfolg haben könnten, ausgeschaltet werden. Ein Musterbeispiel dafür bietet die Groß-Türkei-Partei. Ihr konnte die Junta Beziehungen zum ehemaligen konservativen Ministerpräsidenten Süleiman Demirel „nachweisen“ und bezeichnet sie dementsprechend als Nachfolgeorganisation der früheren Gerechtigkeitspartei (AP). Damit dieses wichtige Wählerpotential der AP den Juntaparteien nicht verlorengeht, wurde die Groß-Türkei-Partei verboten, ihre Gründungsmitglieder sowie weitere 8.000 Personen – meistens Vorstände der Provinzorganisationen – gemäß dem Dekret 79 von der Wahlkandidatur ausgeschlossen.

Auch die gemäßigte rechte SODEP des Physikprofessors Erdal İnönü, die sich fast bis zur Selbstverleugnung alle Mühe gab, nicht den Argwohn der Militärs zu erregen, wurde – wie eine Reihe anderer Parteien – durch Namensstreichung aus der Gründerliste nicht zugelassen. General Evren ließ unterdessen verlauten, daß er gegen „zu viele“ Parteien sei.

Ein Parlament nach dem Geschmack der Generäle

Allzuviel wird das neue Parlament gegen den für die nächsten sieben Jahre gewählten Staatspräsidenten, General Evren, sowieso nicht ausrichten können: Der Staatspräsident hat ein Vetorecht gegen Entscheidungen der Abgeordneten, kann den Ministerpräsidenten und die Minister ernennen sowie einen Teil der Richter einsetzen.

Angesichts solcher Einschränkungen der politischen Grundrechte kann es sich die Junta erlauben, bei dem Wahlgesetz in zwei Punkten „großzügig“ zu verfahren: Jenen Bürgern, die sich nicht an der Abstimmung über das Verfassungsreferendum (am 7.11.1982) beteiligt hatten, wurde das auf 5 Jahre aberkannte Wahlrecht wieder zuerkannt. Auch das ursprünglich im Parteiengesetz verankerte Verbot öffentlicher Versammlungen wurde dahingehend modifiziert, daß lediglich „provokative“ Äußerungen über politische Gegner und jede Kritik am Militärputsch sowie an der Junta verboten sind. Allerdings behalten sich die Generäle das Recht vor, alle Kandidaten der Parteien, die ihnen nach eigenem Gutdünken nicht als Abgeordnete geeignet scheinen, abzulehnen. Die ca. 22 Mio Türken sind verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen. Nichtteilnahme kostet umgerechnet etwa 30 DM Geldstrafe.

Angesichts einer dermaßen offenkundigen Wahlfarce zeigte sich am 21.6.1983 selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung pikiert: „Die weitreichenden diktatorischen Kompetenzen, die sich die Generäle im Wahlgesetz zugeschanzt haben, zeigen an: Sie sind bestrebt, ein Parlament nach ihrem Geschmack zusammenzustellen.“

Politische Gefangene im Hungerstreik



Inhaftierte Gewerkschafter in Istanbul

2.500 politische Gefangene traten in der Türkei am 7. Juli 1983 in einen unbefristeten Hungerstreik, um die Verbesserung ihrer Haftbedingungen durchzusetzen. Bis Anfang August d.J. hatte sich die Hungerstreikbewegung, die von vier Istanbul Militärgefängnissen ihren Ausgang genommen hatte, auf die Gefängnisse in Izmir, Mamak, Canakkale, Bartın, Corum und Diyarbakır ausgeweitet und 3.000-4.000 Gefangene erfaßt. Der Hungerstreik dauerte bis zum 4. August an und wurde dann auf Druck der Militärverwaltung hin abgebrochen.

Anlaß für den Hungerstreik, in dessen Folge zahlreiche Inhaftierte in Gefängniskrankenhäuser eingeliefert werden mußten, war die Tatsache, daß man mehr und mehr Häftlinge in eigens errichtete Spezialgefängnisse mit Ein- bis Zwei-Mann-Zellen verlegte. „Eines dieser Zellengefängnisse wurde am 4. Juli 1983 in Sigmalar eröffnet“, heißt es in einer Erklärung der Hungerstreikenden. „Aus Militärgefängnissen ausgesiebte revolutionäre Inhaftierte wurden dorthin gebracht. Noch am Gefängnistor fing die Folter an. Nachdem der Inhaftierte bis zur Ohnmacht geprügelt wird, wird sein Kopf kahlgeschoren, und nach Einziehung seiner Zivilkleidung wird versucht, ihm die Anstaltskleidung anzuziehen. Danach dauern die Folter, die Schläge und die Verbote an, damit die Anstaltskleidung und die Zwangsmaßnahmen des Militärs akzeptiert werden.“

Trotz des Informationsverbots der Kriegsverwaltung konnten die Gefangenen ihre Forderungen an die Öffentlichkeit weiterleiten. Sie lauten:

- Aufhebung der Unterdrückung und Folter in den Gefängnissen,
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung,
- Möglichkeit zu unbeobachteten Gesprächen der Gefangenen mit ihren Anwälten und Familienangehörigen,
- Keine Einheitskleidung für politische Gefangene und Rückgabe der Zivilkleidung,
- Erlaubnis, Bücher und Zeitungen zu lesen, Schreibmaterial und Stifte zu besitzen.

Ein Unterstützungsauftrag zahlreicher türkischer Gewerkschaftsvertreter und weiterer Persönlichkeiten hat inzwischen auch in der Bundesrepublik zur Durchführung von Solidaritätshungerstreiks geführt.

Diese und andere Solidaritätsaktionen werfen ein grelles Licht auf die nach wie vor verheerende Menschenrechtssituation in der Türkei. Nach offiziellen Angaben, so Radio Ankara, wurden seit der Verhängung des Kriegsrechts im September 1980 insgesamt 32.671 Personen wegen politischer „Vergehen“, größtenteils durch Militärgerichte, abgeurteilt. Nach Informationen des Türkei-Infodienstes wurden bis Mitte Juli 1983 insgesamt 251 Todesurteile verhängt und davon 48 bereits vollstreckt.

Zahlreiche türkische Organisationen haben für den 10. September 1983, 10.30 Uhr, zu einer Demonstration in Köln aus Anlaß des 3. Jahrestages des Militärputsches aufgerufen.